

Globalisierungskritik neu denken

Aktualisiertes Positionspapier von Attac Deutschland

beschlossen auf dem Herbststratschlag in Hannover am 28.10.2023

Prolog.....	2
Globalisierung heute.....	3
Immer mehr wird zur Ware.....	3
Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn einzelne Staaten den Aufstieg schaffen.....	4
Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu.....	5
Die Gewalt der Globalisierung.....	5
Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten	6
Die Krise der neoliberalen Globalisierung.....	6
Abkehr vom Neoliberalismus?.....	7
Eine andere Globalisierung ist möglich	7
Themenfelder.....	7
1. Internationale Finanzmärkte regulieren – Steuergerechtigkeit durchsetzen!	7
1.1. Was ist das Problem?.....	7
1.2. Was will Attac?.....	8
1.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	9
Finanzmärkte regulieren.....	9
Steuergerechtigkeit herstellen.....	9
Kredite für soziale und ökologische Projekte.....	9
Schulden streichen.....	9
International handeln.....	10
2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal	10
2.1. Was ist das Problem?.....	10
2.2. Was will Attac?.....	12
2.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	12
3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken!.....	13
3.1. Was ist das Problem?.....	13
3.2. Was will Attac?.....	13
3.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	14
Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben.....	14
Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden und rückgängig machen.....	14
Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten.....	14
Die Deutsche Bahn demokratisieren, nicht privatisieren.....	14
Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst.....	15
Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern.....	15
4. Krieg und Militarisierung.....	15
4.1. Was ist das Problem?.....	15
4.2. Was will Attac?.....	16
Zivile Konfliktlösung.....	16
Mit Globalisierungskritik Kriegen vorbeugen.....	16
Bewegungen weltweit stärken.....	16
5. Soziale Sicherheit für alle.....	17
5.1. Was ist das Problem?.....	17
5.2. Was will Attac?.....	18
5.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	18

Solidarische Bürgerversicherung.....	18
Daseinsvorsorge nicht privatisieren.....	19
Solidarische Städte.....	19
6. Flucht/Migration.....	19
6.1. Was ist das Problem?.....	19
6.2. Was will Attac?.....	20
6.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	20
7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.....	21
7.1. Was ist das Problem?.....	21
7.2. Was will Attac?.....	21
7.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	21
Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik.....	21
Anders wirtschaften und konsumieren.....	22
Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.....	22
Böden schützen – Landschaften erhalten.....	22
8. Demokratie.....	23
8.1. Was ist das Problem?.....	23
8.2. Was will Attac?.....	24
8.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	24
9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus.....	25
9.1. Was ist das Problem?.....	25
9.2. Was will Attac?.....	26
9.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	26
Epilog.....	27
Eine andere Welt ist nötig und möglich.....	27

4 Prolog

5 Wir, Mensch und Natur, befinden uns in einer vielfachen, vom Menschen verursachten Krise. Ob
6 drohender Klimakollaps und fortschreitende Naturzerstörung, weltweit wachsende soziale
7 Ungleichheit, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Pandemien, das Erstarken rechter Ideologien,
8 kriegerische Auseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene: Wir leben in Zeiten
9 großer Unsicherheit durch vielfältig miteinander verwobene Krisen. Menschen, die am wenigsten
10 zu den Krisen beigetragen haben, sind oft am stärksten von ihnen betroffen und besitzen am
11 wenigsten Mittel, um sich vor ihren Folgen schützen zu können. Sie müssen um ihre Existenz
12 bangen, in Teilen der Welt sind sie längst all ihrer Lebensgrundlagen beraubt und auf der Flucht.

13 Wir sind mit dem Resultat einer profitgetriebenen kapitalistischen Globalisierung konfrontiert, die
14 die Zerstörung der Welt billigend in Kauf nimmt.

15 Doch es gibt auch das Andere. Menschen, die nach dem guten Leben für alle streben, die der
16 neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von unten entgegensetzen. Sie findet ihren
17 Ausdruck in friedlichem und solidarischem Handeln und der nationalen und internationalen
18 Vernetzung sozialer Bewegungen, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den Bewegungen für
19 gerechten Welthandel und für Ernährungssouveränität, antikapitalistischen Bewegungen,
20 Menschenrechtsaktivist*innen, queer-feministischen Bewegungen und vielen anderen. Gemeinsam
21 sind wir widerständig und setzen angeblich alternativlosen Wirtschafts- und Lebensweisen konkrete
22 Alternativen entgegen.

23

24 *Globalisierung heute*

25 Die Welt ist heute global vernetzt: Die Produktion von Waren und Dienstleistungen ist
26 weltumspannend organisiert, die Digitalisierung hat die Infrastruktur dafür geschaffen und
27 gleichzeitig die Möglichkeiten zum kulturellen Austausch vervielfacht. Doch die bisherige
28 Globalisierung geschieht auf Kosten von Mensch und Umwelt. Produktions- und Lieferketten
29 werden auf Profit optimiert, statt jedem Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Raubbau
30 zerstört die Natur. Statt demokratischer Selbstbestimmung globalisiert sich das Gefühl der
31 Ohnmacht gegenüber ökonomischen Zwängen und transnationalen Konzernen.

32 Der bedingungslose Vorrang für den Profit hat global wie in den einzelnen Ländern zu einer
33 schwindelerregenden, obszönen Ungleichheit geführt. Extreme Armut, Hunger und vermeidbare
34 Krankheiten sind immer noch weit verbreitet. Und nicht nur die soziale, auch die
35 Geschlechterungleichheit ist elementarer Bestandteil der bisherigen Globalisierung, gar eine ihrer
36 Voraussetzungen. Konzerne, Organisationen und Staaten greifen auf eine lange Tradition männlich
37 dominierter Gesellschaften zurück, die FLINTA*s (*Frauen, Lesben, intersexuelle Menschen, nicht-*
38 *binäre Menschen, trans Menschen, agender Menschen*) weiterhin benachteiligen und
39 diskriminieren. Mit der Globalisierung verbreitet sich Naturzerstörung über den gesamten Planeten.
40 Gleichzeitig werden die ökologischen Folgen des Strebens nach grenzenlosem Wachstum, das auf
41 einem begrenzten Planeten schlicht nicht möglich ist, ignoriert. Wirtschaftskrisen, Kriege und
42 Naturkatastrophen häufen sich zu multiplen Krisen der Globalisierung.

43 *Immer mehr wird zur Ware*

44 Mit der neoliberalen Globalisierung hat sich der Kapitalismus weltweit als dominante
45 Wirtschaftsweise durchgesetzt. Die Konkurrenz um Rohstoffe, billige Arbeit und Absatzmärkte
46 treibt ihn an. Profitmaximierung ist das Ziel. Staaten versuchen, in der globalen Konkurrenz ihre
47 Macht auszuweiten, um die Interessen „ihrer“ Unternehmen durchzusetzen. Konzerne versuchen,
48 ihre Marktmacht zu sichern und zu erweitern. Staaten machen es zu ihrem ureigensten Anliegen, die
49 Chancen „ihrer“ Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu verbessern: Löhne werden
50 gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert, öffentliche Dienstleistungen privatisiert,
51 Rohstoffe ausgebeutet und zum Beispiel mittels Freihandelsabkommen, offene Märkte hergestellt.

52 Das Versprechen der neoliberalen Globalisierung lautet: Je mehr Markt es gibt und je mehr sich die
53 Staaten lediglich um die Rahmenbedingungen wie ein günstiges Investitionsklima kümmern, desto
54 rationaler und effizienter funktioniert die Wirtschaft und desto höher ist der allgemeine Wohlstand.
55 Faktisch schwächt diese Politik jedoch alle gesellschaftlichen Bereiche, die nicht unmittelbar Profit
56 bringen, wie öffentliche Dienstleistungen, und insbesondere die Einrichtungen, die die
57 gesellschaftlichen Schwächeren vor den Zugriffen der Besitzenden schützen. Die Interessen der
58 Unternehmen dominieren das staatliche Handeln.

59 Neoliberalismus als Wirtschaftssystem bedeutet: Es sollen nicht nur Konsumgüter auf Märkten
60 gehandelt werden, sondern auch Gesundheit, Bildung, das Recht, die Umwelt zu zerstören, und
61 vieles mehr. Die Digitalisierung heizt die Globalisierung weiter an. Sie ermöglicht Kommunikation
62 in Echtzeit und eine immer weitere globale Arbeitsteilung. Sie hat dazu beigetragen, dass sich eine
63 Plattformökonomie herausgebildet hat, durch die Konzerne, die über die Kommunikations- und
64 Vertriebsplattformen verfügen, immer besser in der Lage sind, ihre wirtschaftlichen Interessen
65 durchzusetzen. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz wird in den nächsten Jahren die Arbeitswelt
66 nachhaltig verändern und zu weiteren Rationalisierungen führen.

67 Das Nachsehen hat die überwiegende Zahl der abhängig Beschäftigten und kleinen Selbstständigen.
68 Für viele verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und ihre Rechte werden beschnitten, während
69 nur kleine Teile der Erwerbstätigen von der Entwicklung profitieren. Ausgaben- und
70 Leistungskürzungen des Staates bedeuten zum Beispiel, dass für viele Betreuungs- und
71 Gesundheitsdienstleistungen oder Bildungsangebote selbst bezahlt werden muss. Nur Reiche
72 können sich einen armen Staat leisten. FLINTA*s sind von den staatlichen Ausgabenkürzungen
73 mehr betroffen als Männer, da die traditionell schlecht oder gar nicht bezahlte Betreuung, Fürsorge
74 und Pflege vornehmlich von ihnen geleistet wird. Der Staat verlässt sich darauf, dass weiblich
75 gelesene Personen durch unbezahlte Arbeit fehlende öffentliche Dienstleistungen ersetzen.

76 Diese neoliberale Politik wird als alternativlos dargestellt. Der Markt bestimmt das Handeln der
77 Politik – in demokratisch verfassten sowie in staatskapitalistischen Staaten und Staaten mit
78 autokratisch-feudalen Strukturen. Märkte sind die zentralen gesellschaftlichen Räume, in denen sich
79 die Menschen aufeinander beziehen. Jeder Fleck der Erde soll einbezogen werden, keine
80 Gesellschaft und kein gesellschaftlicher Bereich außen vor bleiben: Die ganze Welt soll zur Ware
81 werden – bis hin zum Körper beispielsweise über die Ausdehnung von Sextourismus, Menschen-
82 und Organhandel.

83 *Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn einzelne* 84 *Staaten den Aufstieg schaffen*

85 Die Spaltung der Welt in Globalen Norden und Globalen Süden wird durch die neoliberale
86 Globalisierung fortgesetzt. Unter Globaler Süden fassen wir alle Menschen, die im globalen System
87 benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Positionen haben. Sie leben
88 überwiegend, aber nicht nur, in den arm gemachten Ländern des Südens, sondern auch unter
89 prekären Lebensbedingungen in den industrialisierten Ländern des Nordens. Globaler Norden
90 hingegen bestimmt eine mit Vorteilen bedachte Position und umfasst damit beispielsweise auch die
91 Mächtigen und Reichen in den arm gemachten Ländern des Südens. Daran hat auch der Aufstieg
92 Chinas zu einem zentralen ökonomischen Akteur nichts Wesentliches geändert. China reiht sich ein
93 in die Reihe mächtiger kapitalistischen Staaten, die andere Gesellschaften ausbeuten. Das
94 neoliberale Freihandels- und Investitionsschutzregime hat koloniale Abhängigkeiten in
95 neokoloniale transferiert. Den meisten arm gemachten Ländern des Südens wurde diese
96 Wirtschaftsweise aufgezwungen – von dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im
97 Rahmen der Schuldenkrise, über die WTO (*World Trade Organisation*), die beispielsweise die
98 Freigabe von Patenten verhindert, und über bilaterale Handels- und Investitionsschutzabkommen.
99 Profitinteressen werden auf Kosten von Demokratie, Umwelt und Menschenrechten durchgesetzt.
100 Westliche Konzerne nutzen die niedrigen Löhne und Umweltauflagen in Asien und auf anderen
101 Kontinenten. Inzwischen sind chinesische Konzerne ihnen darin nachgefolgt. Die Länder des
102 Globalen Südens sind in die Lieferketten integriert als Rohstofflieferanten, billige Werkbänke und
103 Lieferanten günstiger Arbeitskraft.

104 Sowohl die Großmächte USA und China als auch die Europäische Union sichern den Prozess der
105 Durchsetzung des globalen Kapitalismus politisch ab, unter anderem über internationale Organisati-
106 onen und Verträge, aber auch über die Förderung von Direktinvestitionen. Gleichzeitig konkurrieren
107 sie um die Vorherrschaft auf den internationalen Märkten und um den Zugriff auf natürliche Res-
108 sourcen. Auch die übrigen BRICS-Staaten versuchen, ihre wirtschaftliche und politische Macht zu
109 vergrößern. Dagegen verlieren globale Institutionen zunehmend an Einfluss. Rechtspopulistische,
110 nationalistische Politik wie „Amerika First“ wird immer dominanter. Eine multipolare Welt auf
111 Grundlage des Völkerrechts gerät auf's Abstellgleis.

112
113 Während die USA und die Staaten in der EU stärker neoliberal verfasst sind und ihre

120 Wirtschaftspolitik vor allem darauf ausrichten, die Rahmenbedingungen für „ihre“ Unternehmen zu
121 verbessern, greifen staatskapitalistische Staaten wie China stärker direkt in die Wirtschaft ein.
122 Dabei handelt es sich allerdings nicht um eine Konkurrenz der Systeme, sondern um eine
123 Konkurrenz im System des globalen Kapitalismus. Eine Konkurrenz, in der die unipolare Dominanz
124 und Vorherrschaft der USA jedoch immer deutlicher unter Druck gerät. China positioniert sich vor
125 allem in den arm gemachten Ländern des Südens als politische Alternative und Gegenmacht, zum
126 Beispiel durch Gründung der Asiatischen Infrastrukturinvestment Bank (AIIB) 2015 als
127 Konkurrenz zur Weltbank und zum IWF, die vom Westen dominiert werden.

128 Den armen Ländern des geographischen Südens fehlen vor allem durch das Freihandelsregime die
129 politischen Instrumente, die eine eigenständige ökonomische Entwicklung ermöglichen könnten.
130 Zumal vielen dieser Ländern nicht zuletzt von der EU die Öffnung ihrer eigenen Märkte
131 aufgezwungen wurde, während der Norden seine Märkte nur öffnet, wenn es seinen Interessen
132 entspricht. In vielen Ländern ist die wirtschaftliche Situation deshalb so aussichtslos, dass
133 Menschen zu Flucht und Migration gezwungen sind.

134 *Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu*
135 Gleichzeitig hat sich die Ungleichheit auch innerhalb der nationalen Gesellschaften vertieft. Es gibt
136 diejenigen, die zu wenig zum Leben haben, und diejenigen, die über riesige Vermögen verfügen.
137 Das Versprechen gleicher Chancen für alle Menschen hat sich als neoliberale Lüge herausgestellt.
138 Menschen werden in soziale Verhältnisse hineingeboren und verfügen damit über unterschiedliche
139 Zugänge zu ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Sie haben ein Geschlecht, eine
140 Hautfarbe und einen Pass. All dies beeinflusst sehr wesentlich den Platz, den sie in der Hierarchie
141 der globalen Gesellschaft einnehmen. Kapital darf sich frei bewegen, Menschen nicht. Viele sehen
142 sich gezwungen, prekäre Arbeiten anzunehmen, sei es in den Weltmarktfabriken oder als Care-
143 Arbeiterinnen in den Städten reicher Länder. Die Globalisierung bietet Menschen, die zuvor wegen
144 ihres Geschlechts oder aus anderen diskriminierenden Gründen kaum Zugang zu ausreichend
145 bezahlter Erwerbsarbeit fanden, neue Chancen. Da Globalisierung die Möglichkeiten der
146 Subsistenzproduktion einschränkt, schafft sie jedoch auch neue Abhängigkeiten.

147 Die globalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter aufgebläht worden, um
148 Anlagemöglichkeiten für immer riesigere Vermögen zu schaffen. In Reaktion auf deren Krise
149 wurde eine gigantische Umverteilung betrieben: Geld aus den öffentlichen Haushalten, also sowohl
150 von den Steuerzahler*innen als auch von jenen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind,
151 landete in großem Umfang in den Kassen von Finanzunternehmen und ihren superreichen
152 Nutznießer*innen.

153 *Die Gewalt der Globalisierung*

154 Gerade für die arm gemachten Länder des Südens bedeutet Globalisierung Gewalt. Den
155 aufgezwungenen „Strukturanpassungsprogrammen“ von IWF (*Internationaler Währungsfond*) und
156 Weltbank sind, insofern sie regelmäßig drastische Einsparungen bei den Gesundheits-, aber auch
157 den Bildungssystemen vorsahen, unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Dasselbe gilt angesichts
158 des Patentschutzes etwa für AIDS-Medikamente und Corona-Impfstoffe.

159 Angesichts der immer stärker ausgeweiteten Handlungsfreiheit international tätiger Investor*innen
160 und Unternehmen ist der Alltag in weiten Teilen der arm gemachten Länder geprägt von Landraub,
161 Vertreibung, Verletzung der Menschenrechte Indigener und großflächiger Zerstörung ökologischer
162 Lebensgrundlagen. Die darin verwickelten transnationalen Konzerne bleiben dabei straffrei. In
163 vielen Staaten gibt es Kinderarbeit und Sklaverei. Jeglicher Arbeitsschutz wird verweigert. Die

164 Verfolgung bis hin zur Ermordung von Gewerkschafter*innen und Menschenrechtsverteidiger-
165 *innen sind an der Tagesordnung.

166 All dies ist heute integraler Bestandteil unserer inzwischen weltweit vernetzten Produktion. Für uns
167 hier in den reichen Ländern bedeutet dies umgekehrt, dass unsere Gesellschaft, unser Leben mit
168 diesen Gewaltverhältnissen aufs Engste verwoben ist. Das ist das Werk der neoliberalen
169 Globalisierung.

170 Deren integrale geschlechtsspezifische Diskriminierung beinhaltet oft auch körperliche Gewalt und
171 die Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts. Das zeigt sich beispielsweise durch
172 Abtreibungsverbote, aber auch durch Femizide, also die Ermordung von weiblich gelesenen
173 Personen, als extremer Ausdruck patriarchaler Gewalt.

174 *Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten*

175 Der Wachstumszwang führt dazu, dass die Grenzen der Natur immer mehr überschritten werden.
176 Die Welt wird immer mehr zur Ware. Dadurch wird die Ausbeutung der Natur scheinbar legitimiert
177 und ihre Zerstörung achselzuckend in Kauf genommen.

178 Vor über fünfzig Jahren wurden vom Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt. Sie
179 ergeben sich aus der Endlichkeit nicht erneuerbarer Ressourcen und der nur begrenzten
180 Belastbarkeit ökologischer, geologischer und klimatischer Kreisläufe. Die planetaren Grenzen des
181 kapitalistischen Wachstums werden deutlich und sind durch den neoliberal angeheizten Raubbau an
182 der Natur längst in Sichtweite und teilweise schon überschritten.

183 Die daraus resultierende Klimakatastrophe beginnt bereits jetzt Menschenleben zu fordern;
184 unzählige drohen zu folgen. Zudem hat schon ein gigantisches Artensterben seinen Anfang
185 genommen, das für den Menschen ähnlich große Auswirkungen haben kann.

186 *Die Krise der neoliberalen Globalisierung*

187 Attac wurde in der Hochphase der neoliberalen Globalisierung gegründet. Seither hat sich einiges
188 verändert. China ist der Aufstieg von seiner Rolle als Werkbank zum mächtigen globalen Akteur
189 gelungen, von dem andere Staaten abhängig sind. Konzerne, die über digitale Kommunikations-
190 und Vertriebsplattformen verfügen, haben an Einfluss gewonnen und nehmen zentrale Positionen in
191 den globalen Wertschöpfungsketten ein. Der Kapitalismus erscheint inzwischen in unterschied-
192 lichen Staatsformen. Neben neoliberalen, stärker demokratisch geprägten Varianten tritt er auch in
193 Form staatskapitalistischer autoritärer Systeme auf.

194 Heute sind die Probleme der neoliberalen Globalisierung offensichtlich. Durch die wiederkehrenden
195 Finanzkrisen hat die neoliberale Ideologie weiter an Glaubwürdigkeit verloren. Von der Klima-
196 bewegung und den schieren klimabedingten Katastrophen unter Druck gesetzt, fällt inzwischen
197 auch den ewigen Prediger*innen des „Freihandels“ auf, dass ihr neoliberaler Marktradikalismus
198 eine wirksame Klimapolitik behindert. Es wird deutlich, wie stark die neoliberale Politik nicht nur
199 die Krisen verschärft hat, sondern auch der Gesellschaft den demokratischen Handlungsspielraum
200 nimmt, angemessen zu reagieren. Demokratie wird zugunsten von ökonomischen Interessen
201 abgebaut, zum Beispiel durch Freihandelsabkommen. Entsprechend gilt auch: Extreme soziale
202 Ungleichheit, wie sie durch die neoliberale Globalisierung gefördert und hervorgebracht wird,
203 destabilisiert Demokratien, und tatsächlich sind praktisch alle Demokratien heute in einer Krise.
204 Der Politik wird mit steigendem Misstrauen begegnet. Das ist gut, wenn es mit der Forderung nach
205 Demokratisierung und solidarischen Lösungen verbunden ist, und verheerend, wenn es mit dem Ruf
206 nach autoritären und rassistischen Lösungen einhergeht. Rechtspopulistische und
207 rechtsextremistische Bewegungen nutzen die Krise, um ihre autoritäre Politik durchzusetzen.

208 *Abkehr vom Neoliberalismus?*

209 Es wird immer offensichtlicher, dass der Markt grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche
210 Probleme nicht lösen kann. Staatliche Interventionen, beispielsweise um soziale Auswirkungen
211 abzumildern und Umweltschäden zu begrenzen, gewinnen an Bedeutung. Die Regierungen sehen
212 sich hierzu gezwungen, um die Folgen zu reduzieren und auch um soziale Proteste einzuhegen.

213 Bei genauerem Hinsehen ist die Antwort auf die Krise der neoliberalen Globalisierung aber in erster
214 Linie ein Weiter-so: Rohstoff- und Infrastrukturprojekte werden weiterhin bei uns und in den arm
215 gemachten Ländern des Südens ohne Rücksichtnahme auf Menschenrechte durchgesetzt.
216 Privatisierungen werden forciert und sogenannte moderne Freihandelsverträge abgeschlossen, die
217 demokratische Kontrollmechanismen aushebeln. Staatlich gefördertes „grünes“ Wachstum und
218 marktkonforme Anreize zur Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien werden als Lösung der
219 Klimakrise propagiert, obwohl längst klar sein sollte, dass der profitorientierten Globalisierung
220 planetare Grenzen gesetzt sind, die ein weiteres globales Wachstum untragbar machen.

221 *Eine andere Globalisierung ist möglich*

222 Eine soziale und ökologische Transformation macht eine Abwicklung der neoliberalen
223 Wirtschaftsordnung nötig. Die Rückkehr zum abgeschotteten Nationalstaat ist keine Alternative. Es
224 braucht internationale Zusammenarbeit zur Lösung der Menschheitsprobleme wie Naturzerstörung,
225 Menschenrechtsverletzung und Krieg.

226 Die zunehmende soziale Ungleichheit und fortschreitende Naturzerstörung führen dazu, dass die
227 bestehenden Wirtschaftsweisen weltweit infrage gestellt werden. Eine demokratische und gerechte
228 Globalisierung jenseits der kapitalistischen Profit- und Wachstumslogik ist nötig, um der
229 Klimakrise zu begegnen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

230 Menschen streiten auch in Attac mit Protesten, Streiks und Aktionen zivilen Ungehorsams für einen
231 gerechten Welthandel, für Klimagerechtigkeit und gleiche Rechte für alle. Sie wehren sich gegen
232 koloniale Kontinuitäten, soziale Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und geschlechtsspezifische
233 Unterdrückung. Attac ist ein Teil dieser Bewegungen und kämpft für globale soziale Rechte für alle
234 statt Reichtum für wenige: für eine gerechte Globalisierung von unten.

235 Themenfelder

236 **1. Internationale Finanzmärkte regulieren – Steuergerechtigkeit 237 durchsetzen!**

238 Die internationalen Finanzmärkte haben einen enormen Einfluss auf unser tägliches Leben, auch
239 wenn wir dies nicht immer direkt wahrnehmen. Die strenge Regulierung dieser Märkte, ihre
240 deutliche Schrumpfung und Maßnahmen gegen die ungleiche Vermögensverteilung sind zentrale
241 Anliegen von Attac seit seiner Gründung.

242 **1.1. Was ist das Problem?**

243 Handel über die nationalen Grenzen hinweg ist schon immer davon begleitet, dass Geld auch
244 international verrechnet, getauscht und als Kapital angelegt wird. Mit der wachsenden Bedeutung
245 des transnationalen Handels wurde es immer wichtiger, diese Aktivitäten zu regeln. Bis in das letzte
246 Viertel des 20. Jahrhunderts war dies vor allem Aufgabe der Staaten und internationaler Abkommen
247 (Bretton Woods). Durch immer geringere Regulierung haben Staaten wenig Möglichkeiten,
248 internationalen Finanzspekulationen entgegenzuwirken. Trotz Dotcom-Krise 2000,
249 Finanzmarktkrise 2007 und Eurokrise 2010 konnten die Profiteur*innen umfassende Regulierungen
250 der Finanzmärkte verhindern.

251 Ab den 1980er Jahren wuchs mit der zunehmend ungleichen Reichumsverteilung das Volumen an
252 anlagensuchendem Kapital. In Deutschland haben politische Maßnahmen wie die Senkung des
253 Spitzensteuersatzes, die Verschonung reicher Erben vor Steuerzahlungen und das Aussetzen der
254 Vermögenssteuer diesen Trend befördert. Um das Kapital anzulocken, wurde die Kontrolle von
255 grenzüberschreitenden Kapitaltransfers in vielen Ländern aufgehoben und Handelsbeschränkungen
256 für Finanzanlagen abgebaut. Gleichzeitig entstanden immer neue spekulative Finanzanlagen.
257 Währungen, Finanzanlagen sowie Unternehmensbeteiligungen und sogar Renten- und
258 Sozialversicherungsfonds wurden immer mehr zu handelbaren Waren und Objekten der
259 Spekulation. Die Folge: Krisenabstände verkürzten sich und Krisen wurden immer einschneidender.
260 Die Auswirkungen der Krisen beschränken sich nicht auf den Finanzbereich, sondern betreffen
261 auch die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Sie stürzen ganze Ökonomien ins Chaos und
262 verschärfen in den betroffenen Ländern die Armut und können Hungerkrisen auslösen.

263 Die Instabilität der globalen Finanzmärkte hält weiter an. Dazu tragen auch die Versuche neuer
264 Finanzmarktakteur*innen bei, unter dem Schlagwort „dezentrale Finanzmärkte (DeFi)“
265 Kreditvergaben, Investitionen in Kryptowährungen und andere Finanztransaktionen abseits des
266 Banken- und Börsensystems einzuführen. Darüber hinaus versuchen Kapitalmarktakteur*innen im
267 Rahmen von „Grünen Investments“ neue Anlagemöglichkeiten durch Zugriff auf natürliche
268 Ressourcen wie Wasser zu erschließen und diese zu privatisieren, verbunden mit der
269 Risikoabsicherung durch staatliche Profitgarantien. Auch Renten- und Sozialsystem sowie
270 öffentliche Dienstleistungen sind in ihrem Fokus. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich,
271 den sie nicht ihrer Profitlogik unterwerfen wollen.

272 Profite auf den Finanzmärkten kommen nur wenigen zugute, aber Rettungsaktionen für in
273 Schwierigkeiten geratene Banken und Versicherungen müssen über Steuern von allen bezahlt
274 werden. Globale Finanzmärkte gleichen heute einem Casino, in dem mit Aktien, Krediten,
275 Wechselkursen und lebenswichtigen Gütern wie beispielsweise Weizen spekuliert wird.

276 Im Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus wird die gesamte Ökonomie in erheblichem Maß von den
277 Interessen der Akteur*innen auf den Finanzmärkten bestimmt. Insbesondere dominieren große
278 private Investmentgesellschaften (z.B. Blackrock, Allianz Global Investors Fund) und Staatsfonds
279 (Norwegen, Saudi-Arabien) über ihre Anlagestrategien immer mehr die Investitionsentscheidungen
280 der Wirtschaft.

281 Im Kontext der Corona-Pandemie und der Klimakrise hat sich die Verschuldungssituation in
282 Ländern des Globalen Südens weiter verschärft. Auch der russische Angriffskrieg gegen die
283 Ukraine heizt die weltweite Überschuldungsproblematik weiter an, auch durch Militärausgaben.

284 Viele Ländern sind kritisch verschuldet. Abgesehen von unzureichenden multilateralen und
285 bilaterale Krisenfinanzierungen können Zahlungseinstellungen oft nur vermieden werden, weil die
286 verschuldeten Staaten strikte Sparmaßnahmen und Haushaltskürzungen einleiten. Inmitten der Krise
287 2020 – 2022 kürzten fast 100 Niedrig- und Mitteleinkommensländer die öffentlichen Ausgaben im
288 eigenen Land, Zukunftsinvestitionen, z.B. in Bildung und Infrastruktur, fielen weg. Damit wurden
289 die Krisenkosten einseitig der Bevölkerung der Schuldnerstaaten aufgebürdet. Auch die Folgen der
290 Klimakrise beeinflussen die Verschuldungssituation vieler Staaten im Globalen Süden dramatisch.

291 1.2. Was will Attac?

292 Geld und Geldderivate müssen den Börsen als Spekulationsobjekte entzogen werden. Geld muss
293 den einfachen Austausch von Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und als Wertaufbe-
294 wahrungsmittel dienen. Geld, auch in digitaler Form, als Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen,

295 ist Aufgabe der Gesellschaft und darf nicht Privaten überlassen werden, die damit Profite machen
296 wollen und Krisen produzieren.

297 Ein stabiles Geld- und Finanzsystem ist ein öffentliches Gut. Unregulierte Finanzbereiche,
298 Schattenbanken, private Währungen oder ähnliches darf es deshalb nicht geben.

299 Auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft hat ein gerechtes,
300 nachhaltiges und resilientes Steuersystem, das zu einer wirksamen Umverteilung führt, eine zentrale
301 Bedeutung. Die extreme Vermögens- und Einkommensungleichheit muss reduziert werden. Dies
302 erfordert eine transparente Gesetzgebung die die Steuerlast weg von der Arbeit, von niedrigen und
303 mittleren Einkommen, hin zu Vermögen, überdurchschnittlichem Verdienst und Kapitalerträgen
304 verlagert.

305 Kredite sollen die Erstellung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen, um menschliche
306 Bedürfnisse zu befriedigen. Ihr primäres Ziel darf nicht die Gewinnerzielung sein, und sie dürfen
307 nicht dazu führen, dass einzelne Menschen oder sogar ganze Länder in die Abhängigkeit ihrer
308 Gläubiger*innen fallen.

309 1.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?

310 *Finanzmärkte regulieren*

311 Die Finanzmärkte, einschließlich der Wertpapier- und Derivatemärkte, sowie Banken und anderer
312 Finanzinstitutionen, müssen drastisch geschrumpft werden, unter anderem durch das Verbot
313 bestimmter Finanzanlagen, des computergenerierten Highspeedhandels und mit der Einführung
314 einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Eine Finanztransaktionssteuer, die auf alle Formen des
315 Handels mit Finanzpapieren abzielt und so neben dem Aktienhandel auch Anleihen und vor allem
316 Derivate erfasst, würde einen spürbaren Beitrag zur gerechteren Besteuerung und zur Finanzierung
317 des Gemeinwesens leisten und hätte gleichzeitig wichtige Stabilisierungseffekte für die Wirtschaft.
318 Sie könnte die schädlichen Entwicklungen auf den Finanzmärkten dämpfen und diese schrumpfen
319 helfen. Sie würde die Entschleunigung des Handels und die Rückführung des Handelsvolumens
320 speziell von Derivaten bewirken. Die Einnahmen aus der Steuer sollen dazu dienen, Entwicklung zu
321 ermöglichen und Armut zu bekämpfen und damit die Sustainable Development Goals der Vereinten
322 Nationen (*Nachhaltigkeitsziele*) umzusetzen.

323 *Steuergerechtigkeit herstellen*

324 Eine Reform des gesamten Steuersystems ist notwendig. Sofort umsetzbar wären eine stark
325 progressive Besteuerung von Vermögen und Einkommen mit Erhöhung der Spitzensteuersätze, die
326 Reform der Erbschaftsteuer, die Einführung der Finanztransaktionssteuer, die Reaktivierung der
327 Vermögenssteuer sowie einer Abgabe auf sehr große Vermögen und vieles andere mehr.

328 *Kredite für soziale und ökologische Projekte*

329 Die Vergabe von Krediten soll sich danach orientieren, soziale und ökologische Produktion zu
330 fördern. Schulden, Kapital, Geld und Kredite sollen dorthin gesteuert werden, wo sie nachhaltig den
331 ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen dienen.

332 *Schulden streichen*

333 Die bisherigen Maßnahmen der G20-Staaten – zum Beispiel ein Schuldenmoratorium für die
334 ärmsten Länder - haben keine substantiellen Schuldenerlasse ermöglicht. Benötigt wird ein
335 internationales, transparentes und faires Staateninsolvenzverfahren auf Ebene der Vereinten
336 Nationen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Entschuldungsmaßnahmen allen Menschen zugute
337 kommen. Die Bundesregierung hat sich nominell zu dieser Forderung im aktuellen Koalitions-

338 vertrag bekannt, aber es liegt an der Zivilgesellschaft, den nötigen Druck aufzubauen, um dies
339 wirklich in Angriff zu nehmen.

340 *International handeln*

341 Unter anderem durch den Abschluss von Investitionsschutzabkommen wurde das internationale
342 Recht in den letzten Jahrzehnten dahingehend umgestaltet, dass die Freiheit der Investor*innen
343 praktisch nicht eingeschränkt werden kann. Um das wieder zu ändern, bedarf es konzertierten
344 internationalen Handelns. Es soll auch über eine zumindest EU-weite Harmonisierung der
345 Besteuerung von Unternehmen nachgedacht werden, um die Auslagerung von Unternehmen in
346 Gebiete mit geringer Besteuerung zu verhindern und Steuerflucht zu bekämpfen. Das internationale
347 Wirtschaftsrecht soll so umgestaltet werden, dass alle Shareholder von Unternehmen und
348 Institutionen für die von ihnen verursachten gesundheitlichen, ökologischen und sozialen Schäden
349 nicht nur in Höhe der jeweiligen Einlagen, sondern des gesamten privaten Vermögens haften

350 **2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal**

351 Die neoliberale Globalisierung hat die Welt an ihre ökologischen Grenzen gebracht. Produktion und
352 Transport immer größerer Warenströme, die in immer kleinteiligeren Lieferketten unter Ausnutzen
353 niedrigst möglicher sozialer und ökologischer Standards hergestellt werden, haben die
354 Klimakatastrophe und den Verlust der Artenvielfalt vorangetrieben. Der Gegensatz von Reich und
355 Arm wurde innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten verschärft. Der ökonomische
356 Gegensatz zwischen reichen Industrieländern und rohstoffexportierenden armen Ländern hat sich –
357 mit wenigen Ausnahmen - wieder verstärkt. Ein wichtiger Treiber der neoliberalen Globalisierung
358 sind multi- und bilaterale Handelsabkommen, die auf völkerrechtlicher Ebene ein neoliberales
359 Regelwerk etablieren.

360 **2.1. Was ist das Problem?**

361 Das neoliberale Handelssystem setzt auf Zurückdrängen von staatlicher Regulierung, Öffnung
362 von Märkten, Liberalisierung von Kapitalflüssen und Dienstleistungen; es dynamisiert
363 Wachstum um jeden Preis und schadet Mensch und Umwelt.

364 Eine zentrale Rolle bei der weltweiten Durchsetzung dieser Handelsregeln spielt die 1994
365 gegründete Welthandelsorganisation WTO. Im Interesse einflussreicher Industrienationen und
366 global agierender Konzerne wurde ein neoliberales Handelsregime institutionalisiert, das für
367 die Unterzeichnerstaaten völkerrechtliche Geltung hat. Mit ihren drei Kernabkommen GATT,
368 GATS und TRIPS zielt die WTO im Wesentlichen auf Liberalisierung des Warenhandels durch
369 Zollsenkungen (GATT), auf Marktöffnung und Liberalisierung auch von öffentlichen
370 Dienstleistungen (GATS) sowie den Schutz von geistigem Eigentum (TRIPS).

371 Die Verpflichtung zu Marktzugang und Zollsenkungen beim Handel mit Gütern (GATT)
372 schränkt insbesondere für arm gemachte Länder die Möglichkeiten ein, ihre Industrie und ihre
373 Landwirtschaft vor der Konkurrenz globaler Konzerne zu schützen und wirft sie auf die Rolle
374 von Rohstofflieferanten zurück. GATS (Handel mit Dienstleistungen) engt die staatliche
375 Handlungsfähigkeit durch Beschränkung auf zulässige innerstaatliche Regulierungen ein. So
376 dürfen in den liberalisierten Dienstleistungssektoren Gesetze und Verordnungen nur erlassen
377 werden, wenn sie keine „unnötigen Hemmnisse für den Handel mit Dienstleistungen
378 darstellen“ (GATS Art. VI, 4). Das heißt, staatliche Regulierungen im Interesse des
379 Gemeinwohls treten hinter Vermarktungsinteressen zurück. Das TRIPS-Abkommen wiederum
380 sichert die Profitinteressen von Konzernen, indem es zum Beispiel Patente auf Medikamente

381 zwanzig Jahre lang vor billigeren Generika schützt und verhindert, dass Menschen mit
382 notwendigen Medikamenten versorgt werden.

383 Ein machtvolles Instrument der WTO ist ihr Streitbeilegungsmechanismus zur Regelung
384 zwischenstaatlicher Handelskonflikte. Alleinige Entscheidungsgrundlage für die Urteilsbildung
385 ist das WTO-Handelsrecht. Menschenrechte, internationale Arbeitsnormen oder Umweltschutz
386 stellen keine Entscheidungskategorien dar. Im Gegenteil: Nachhaltigkeitsziele können ganz im
387 Interesse von Konzernen als Handelshemmnisse interpretiert werden.

388 Da die WTO nicht als Organ der Vereinten Nationen gegründet wurde, ist sie auch nicht an
389 deren multilaterale Arbeits-, Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsabkommen gebunden.

390 Die EU strebt seit 2006 verstärkt bilaterale Handelsabkommen an und geht damit sogar über
391 die Liberalisierungsregeln der WTO hinaus. Von besonderer Bedeutung sind die
392 Freihandelsabkommen der neuen Generation, auch "WTO-plus-Abkommen" genannt. Prototyp
393 ist das CETA-Abkommen mit Kanada.

394 Abkommen dieses Typs integrieren die WTO-Bestimmungen und fügen weitere Elemente
395 hinzu, die die staatliche Regulierungsrechte und parlamentarische Gesetzgebungshoheit
396 einschränken:

397 - So sind in diesen Verträgen Ausschusssysteme („*Gemischte Ausschüsse*“/*Joint Committees*
398 *mit diversen Sonderausschüssen*) installiert, die im Interesse des fortlaufenden Abbaus von
399 technischen, sozialen oder ökologischen Handelshemmnissen mit weitreichenden Kompetenzen
400 ausgestattet sind. Zusammengesetzt aus Mitgliedern der EU-Kommission und der Regierung
401 des jeweiligen Vertragslandes können die Ausschüsse bindende Beschlüsse fassen, ohne das
402 EU-Parlament oder die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten beteiligen zu müssen. Ihre
403 Entscheidungsbefugnisse betreffen Fragen von erheblicher Tragweite, etwa zur
404 Vertragsänderung, zur Regulierung des Finanzsektors oder zur Zulassung von Agrochemie.

405 - Ausländischen Investoren resp. transnationalen Konzernen werden Sonderklagerechte gegen
406 Staaten eingeräumt. Im Wege von Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) können diese ihre
407 Gaststaaten unter Umgehung von nationalem Recht vor einem sog. Investitionsgerichtssystem
408 (ICS) auf Entschädigungszahlung verklagen, wenn sie ihre Gewinne durch schärfere
409 Regulierungen beeinträchtigt sehen. Den umgekehrten Klageweg von Staaten oder Bürgern
410 gegen Konzerne sieht diese Sonderjustiz nicht vor.

411 - Auch die Liberalisierungspflichten für öffentliche Dienste wie Wasser, Energie oder ÖPNV
412 gehen in den EU-Handelsverträgen über das Niveau der WTO hinaus. Mit dem Verbot der
413 Priorisierung lokalen Wirtschaftens oder dem Zugriff auf die öffentliche Beschaffung sind
414 klima- und sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten wie die Förderung regionaler
415 Wertschöpfungskreisläufe erheblich beschränkt.

416 Trotz der sich zuspitzenden ökologischen und sozialen Krisen enthält keiner der bislang
417 ausverhandelten oder ratifizierten Freihandelsverträge der EU wirksame Mechanismen zur
418 Durchsetzung von Menschenrechten, Arbeitsnormen oder Klimazielen. Der Handel mit
419 klimaschädlichen Produkten wie fossilen Energien oder Autos ist dagegen sanktionsbewehrt
420 durch zwischenstaatliche Streitbeilegungsmechanismen geschützt.

421 Nicht zuletzt fördern besagte Freihandelsabkommen neokolonialen Extraktivismus, bei dem die
422 reichen Länder des Nordens Rohstoffe aus den arm gemachten Ländern des Südens ausbeuten.
423 Auch „grüner Extraktivismus“ zur Rohstoffbeschaffung für die europäische Energiewende

424 zählt dazu. Neokolonialer Extraktivismus zwingt Länder des globalen Südens in die Position
425 von Rohstofflieferanten, was ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung und Wertschöpfung
426 behindert und mit verheerenden Folgen für die Umwelt, das Klima und Menschenrechte
427 einhergeht.

428 2.2. Was will Attac?

429 Attac fordert eine Kehrtwende in der Handelspolitik und setzt sich ein für eine gerechte,
430 ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung mit gleichberechtigter internationaler
431 Zusammenarbeit und demokratischen Wirtschaftsstrukturen. Diese räumt den Interessen von
432 Menschen und Gemeinschaften, den universellen und unteilbaren Menschenrechten, einer
433 sozial gerechten Verteilung der Wertschöpfung, guten Arbeitsbedingungen und der Bewahrung
434 der natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang vor Profitinteressen ein. Attac tritt für die
435 konsequente Fortentwicklung der Lieferkettengesetzgebung ein.

436 - Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das Pariser Klimaübereinkommen, die
437 Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die UN-Nachhaltigkeitsziele
438 (*Sustainable Development Goals, SDGs*) müssen verbindliche und sanktionierbare Vorgaben
439 der internationalen Handelspolitik sein. Entsprechend muss die WTO perspektivisch aufgelöst
440 werden. Die internationalen Handelsregeln sind auf UN-Ebene auszuhandeln und zu
441 beschließen.

442 - Handelsabkommen, die staatliche Regulierungsrechte gegenüber der Wirtschaft beschränken
443 und die Gesetzgebungshoheit von Parlamenten aushebeln, dürfen nicht mehr abgeschlossen
444 werden. Bestehende Verträge dieser Art sind neu zu verhandeln oder zu kündigen.
445 Sonderklagerechte für Konzerne und ausländische Investoren gegen Staaten müssen
446 abgeschafft werden.

447 - Die Ausweitung des Welthandels mit energieintensiven Transportwegen muss zurückgefahren
448 werden und regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden. Dies gilt insbesondere für den
449 Anbau und die Verarbeitung von *Lebensmitteln*. Wir sind für eine regionale Landwirtschaft, die
450 Förderung kleiner und mittlerer Höfe und gegen eine Agrarindustrie.

451 - Das internationale politische System, das Völkerrecht, das internationale Handels- und Steuerrecht
452 und der Umgang mit den internationalen globalen Regionen außerhalb nationaler Territorien
453 (Arktis, Antarktis, Ozeane) muss unter Einbeziehung aller in den UN vertretene Nationen
454 weiterentwickelt werden, um für die bevorstehenden ökologischen und klimatischen Veränderungen
455 demokratische und sozial verträgliche politische Lösungen zu finden. Dazu gehört auch die
456 Unterwerfung aller UN-Mitgliedsstaaten sowie international agierender Konzern und Institutionen
457 unter die Gerichtsbarkeit internationaler demokratisch konstituierter Gerichtshöfe.

458 2.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?

459 - Wir kämpfen für die Abwehr neoliberaler Freihandelsabkommen der EU und suchen das Bündnis
460 mit Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, der Klimabewegung und Gewerkschaften.

461 - Wir setzen uns ein für einen verbindlichen UN-Vertrag für menschenrechtliche Pflichten von
462 Unternehmen (*Binding Treaty*) und fordern die Bundesregierung auf, aktiv für ein offizielles EU-
463 Verhandlungsmandat zu einem verbindlichen UN-Abkommen einzutreten.

464 - Zugleich engagieren wir uns für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, das Unternehmen dazu
465 verpflichtet, Menschen, Klima und Umwelt entlang ihrer gesamten Lieferkette zu schützen.

466 3. Gegen Privatisierung - das Öffentliche stärken!

467 "Privat vor Staat" ist eine der zentralen Botschaften neoliberaler Politik. Nur Reiche können sich
468 einen Staat ohne soziale Leistungen und mit einer schlechten öffentlichen Infrastruktur leisten. Ein
469 gutes Leben für alle braucht eine gesellschaftlich organisierte, gut funktionierende und allen
470 zugängliche öffentliche Infrastruktur.

471 3.1. Was ist das Problem?

472 Ein wesentliches Element der neoliberalen Phase des Kapitalismus ist die Privatisierung
473 öffentlicher Dienstleistungen und der Verkauf öffentlichen Vermögens. Wohnungen wurden
474 teilweise zu Spottpreisen an Investor*innen verkauft, ebenso wie Stadtwerke, Krankenhäuser und
475 Verkehrsunternehmen. Die Bahn wurde inklusive Schienennetz in ein privatrechtliches
476 Unternehmen in öffentlicher Hand umgewandelt. Bei sogenannten Public-Private-Partnerships
477 (PPPs) geht die öffentliche Hand in unterschiedlichen Formen langfristige wirtschaftliche
478 Beziehungen mit Privatunternehmen ein, um öffentliche Dienstleistungen zu erbringen. Dies kann
479 in Form der Beteiligung von privaten Unternehmen an öffentlichen Unternehmen sein, in Form von
480 langfristigen Verträgen, bei denen Private öffentliche Gebäude oder Infrastruktur errichten und
481 diese an staatliche Einrichtungen „vermieten“, oder in Form einer kompletten Übertragung
482 öffentlicher Aufgaben an Private. PPPs können als Teilprivatisierung gesehen werden, sind aber
483 vor allem deshalb problematisch, weil sie Privaten langfristige Profite bei der Erstellung von
484 öffentlichen Dienstleistungen auf Kosten der Bürger*innen garantieren.

485 Auch vor den Sozialversicherungssystemen hat der Privatisierungswahn nicht Halt gemacht. In
486 manchen Ländern wurden sie komplett privatisiert. In Deutschland wurden Elemente
487 kapitalgedeckter Systeme in das umlagefinanzierte System eingefügt.

488 Begründet wurden die Privatisierungen mit der Ineffizienz der öffentlichen Dienste und der
489 Notwendigkeit, über Verkäufe öffentlichen Vermögens Staatsschulden abzubauen. Tatsächlich ging
490 es darum, Anlagemöglichkeiten für Vermögende, Versicherungen, Banken sowie Pensions- und
491 Staatfonds zu schaffen, die gute und abgesicherte Renditen garantieren.

492 Politisch verkauft wurden die Privatisierungen mit dem Versprechen, die Dienstleistungen würden
493 billiger und besser werden. Eine weitere Begründung war der Abbau der Staatsverschuldung und
494 eine Verringerung der Schuldenlast für die öffentliche Hand. Statt zu besseren und billigeren
495 Dienstleistungen kam es oft zu Verteuerungen und Leistungsabbau. Gelohnt haben sich
496 Privatisierungen vor allem für Kapitalanleger*innen. Aus ehemals öffentlichen Monopolen sind
497 private entstanden, mit denen sich sicher Gewinn erzielen lässt.

498 Neoliberale Freihandelsabkommen, die EU-Verträge und WTO-Regeln haben durch
499 Liberalisierungsverpflichtungen Privatisierungen befördert und erschweren es auch,
500 Privatisierungen rückgängig zu machen. Investitionsschutzabkommen wiederum sichern durch
501 Sonderklagerechte für Konzerne diese Gewinne ab und erschweren oder verhindern
502 Vergesellschaftungen.

503 3.2. Was will Attac?

504 Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Dazu gehören unter anderem
505 Gesundheitsversorgung, Pflege, Bildung, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Bereiche des
506 Wohnungsmarktes sowie digitale Infrastruktur. Nur so kann die Grundversorgung und Teilhabe für
507 alle gesichert werden. Eine Profitorientierung hat hier nichts verloren, weil sie dazu führt, dass
508 notwendige Leistungen schlecht erbracht oder ganz vorenthalten werden oder die Infrastruktur nicht
509 hinreichend instandgehalten wird.

510 Darüber hinaus kann die Vergesellschaftung von Unternehmen ein wesentliches Element bei der
511 sozial-ökologischen Transformation sein. Öffentliche Unternehmen müssen dabei stärker als in der
512 Vergangenheit demokratisch gestaltet sein. Es reicht nicht aus, wenn politische Mandats-
513 träger*innen in Aufsichtsräten sitzen. Diejenigen, die von ihren Dienstleistungen abhängig sind,
514 also Mieter*innen bei Wohnungsunternehmen, Stromabnehmer*innen im Energiebereich und
515 Patient*innen im Gesundheitswesen müssen ebenso mitentscheiden können wie die Beschäftigten
516 sowie Umwelt- und Sozialverbände. Dafür müssen an die jeweiligen Betriebszwecke angepasste
517 Gremien geschaffen werden, in denen alle Beteiligten gleichberechtigt die strategischen
518 Entscheidungen für das Unternehmen treffen und keine der Gruppen andere übergehen kann. Die
519 Unternehmen sollten nicht privatrechtlich organisiert sein, sondern in öffentlich-rechtlicher Form,
520 beispielsweise als Anstalt öffentlichen Rechts. Ihr gemeinwohlorientierter Unternehmenszweck
521 muss gesichert sein und sie müssen dauerhaft vor Privatisierung geschützt sein.

522 3.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?

523 *Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und* 524 *Wohnungsunternehmen vorantreiben*

525 An vielen Stellen hat sich Widerstand gegen Privatisierungsmaßnahmen entwickelt, vor allem auf
526 der lokalen Ebene. Teilweise konnten Privatisierungen, vor allem im Bereich der
527 Wasserversorgung, verhindert oder rückgängig gemacht werden. Inzwischen werden sogar
528 Stadtwerke und neue öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gegründet. Dies ist eine erfreuliche
529 Entwicklung, die aber bei weitem nicht ausreicht: Die rekommunalisierten Unternehmen müssen
530 demokratisiert und ausgerichtet an sozialen und ökologischen Prinzipien geführt werden.

531 *Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden und rückgängig machen*

532 Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens vor allem durch Fallpauschalen, Zuzahlungen und die
533 Privatisierung von Kliniken muss umgehend rückgängig gemacht werden. Art und Umfang einer
534 medizinischen Behandlung muss sich ausschließlich am Bedarf orientieren und nicht an Kosten
535 oder Profitmöglichkeiten. Notwendige Kosten der Gesundheitsversorgung müssen öffentlich
536 finanziert werden. Mit der Gesundheitsversorgung dürfen keine Profite erzielt werden, privatisierte
537 Krankenhäuser müssen wieder von der öffentlichen Hand übernommen und demokratisiert werden.

538 *Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten*

539 Wer Zugang zu guter Bildung auch in Form von digitaler Grundversorgung und Aus- und
540 Weiterbildung hat, verbessert damit seine Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb
541 muss Bildung - im Wesentlichen öffentlich organisiert und finanziell wie personell gut ausgestattet
542 - allen unabhängig von ihren ökonomischen Ressourcen zur Verfügung stehen. Eine
543 Investitionsoffensive in Schulen (Gebäude, Personal) ist zwingend erforderlich. Wichtig ist zudem:
544 Bildung darf nicht als Humankapital missbraucht werden, ihr Kern ist die volle Entfaltung der
545 menschlichen Persönlichkeit. Als globalisierungskritische Bildungsbewegung betont Attac die
546 dringende Notwendigkeit zur Stärkung der politischen Bildung.

547 *Die Deutsche Bahn demokratisieren, nicht privatisieren*

548 Eine soziale und klimagerechte Verkehrswende wird nur gelingen, wenn der schienengebundene
549 Fern- und Nahverkehr gut ausgebaut sowie günstig und barrierefrei zu nutzen ist. Dies kann eine
550 privatisierte Bahn, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Eigentümer*innen befriedigen muss,
551 nicht leisten; ebenso wenig eine Bahn, in der Passagier*innen keinen Einfluss haben. Die Deutsche
552 Bahn AG soll deshalb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Fahrgast-, Umwelt-
553 und Sozialverbände sollen ebenso wie die Beschäftigten gleichberechtigt an den strategischen
554 Entscheidungen beteiligt werden.

555 *Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst*
556 Der öffentliche Dienst muss personell und finanziell gut ausgestattet sein. Die Beschäftigten
557 brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung, um gute Dienstleistungen erbringen zu
558 können.

559 *Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen erzwingen*
560 *oder Vergesellschaftung verhindern*

561 Viele Freihandelsabkommen enthalten Regelungen, die durch Liberalisierungsverpflichtungen
562 Marktöffnungen erzwingen und Privatisierungen Vorschub leisten. Deutschland bzw. die EU
563 müssen solche Abkommen verlassen oder sie kündigen. Investitionsschutzabkommen, die
564 Sonderklagerechte für Konzerne vorsehen (ISDS oder ICS), verhindern unter anderem auch die
565 Vergesellschaftung von Unternehmen oder Infrastruktureinrichtungen. Damit untergraben sie das
566 Recht von lokalen Gemeinschaften und Staaten, demokratisch über die Form zu bestimmen, in der
567 überlebenswichtige Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das
568 Gesundheitswesen organisiert werden. Anstelle von Maßnahmen zur Erzwingung der Marktöffnung
569 sollten überall dort, wo es sinnvoll ist, transnationale Kooperationsabkommen geschlossen werden,
570 die verbindliche Umwelt-, Sozial- und Demokratiestandards (unter Einbezug aller Betroffenen)
571 enthalten müssen.

572 **4. Krieg und Militarisierung**

573 Nicht nur wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten verschärfen sich, auch die Anzahl bewaffneter
574 Konflikte erreicht neue Höchststände und die Intensität von gewaltsamen Auseinandersetzungen
575 nimmt zu. Staaten ringen um die Ausweitung ihrer Einflusszonen und die Sicherung von
576 Lieferketten und Rohstoffquellen. Das Militär wird aufgerüstet. Nationalismus, Hass und
577 Fundamentalismus nehmen weltweit zu.

578 **4.1. Was ist das Problem?**

579 Kriege machen Zerstörung, Gewalt und Tod zum Alltag. Sie führen zu unzähligen Toten und
580 Verletzten an den Fronten. Sie richten sich gegen ganze Bevölkerungen mit zahlreichen zivilen
581 Opfern und verheerenden psychischen Folgen. Im Krieg nimmt sexuelle Gewalt zu und
582 Vergewaltigung wird zur Waffe. Traditionelle Geschlechterrollen gewinnen wieder an Bedeutung,
583 die Rechte von FLINTA*s werden eingeschränkt und Abweichungen sanktioniert. Menschen
584 müssen fliehen und werden ausgegrenzt.

585 Die Globalisierung hat den Krieg verändert. Innerstaatliche militärische Konflikte haben massiv
586 zugenommen – oft geprägt durch Spätfolgen der Kolonialisierung und neoliberale Politik. Viele
587 Soldaten sind zwangsverpflichtet und unterliegen in arm gemachten Ländern des Südens häufig
588 auch ökonomischen Zwängen. Interventionen von Staaten in Bürgerkriege haben sich laut des
589 Friedensforschungsprojekts UCDP innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte vervielfacht. Die weiter
590 andauernden Kriege im Jemen oder in Syrien zeigen, wie Konflikte zu Verbrechen unglaublichen
591 Ausmaßes eskaliert werden, statt dezentrale und selbstbestimmte Lösungen vor Ort zu
592 ermöglichen. War die neoliberale Ära nach dem Mauerfall durch die Vormachtstellung der USA
593 und ihrer Kriege dominiert, globalisiert sich jetzt der Anspruch auf Vorherrschaft. Die Liste der um
594 neuen Einfluss ringenden Nationen ist lang. Die USA versucht, ihren Weltmachtstatus mit allen
595 wirtschaftlichen und militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten, und die Konkurrenz mit China um
596 Einflussphären und die globale Führungsrolle droht in eine direkte Konfrontation umzuschlagen.
597 Die seit der Jahrtausendwende andauernde Aufrüstung verschärft sich seit dem russischen Angriff
598 auf die Ukraine erneut drastisch. Die zunehmenden Exporte der Rüstungsindustrie dienen auch zur
599 militarisierten Abwehr Geflüchteter und zum Ausbau gewaltsamer innenpolitischer Repression. Die

600 Kosten von Kriegen und Rüstung sind enorm. Die Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs erscheint
601 so hoch wie lange nicht mehr.

602 Die Bedeutung und die Macht des Militärs zeigt sich auch beim Klimaschutz: Als einziger Sektor
603 ist das Militär aus den Klimaabkommen ausgeklammert, im Paris-Abkommen nicht einmal
604 erwähnt. Dabei sind die Emissionen von Kriegsschiffen oder Kriegsflugzeugen gewaltig. Militär
605 geht einher mit einer enormen Klima- und Umweltzerstörung, ob in Kriegszeiten, in Manövern oder
606 zur Aufrechterhaltung der Militärlogistik. Ein Rückbau des Militärs und ein Ende der Kriege sind
607 auch eine ökologische Notwendigkeit.

608 4.2. Was will Attac?

609 Es braucht eine multilaterale und demokratische Weltordnung und zivile Konfliktlösungen. Als
610 Bildungsbewegung klären wir über die Gefahren der militärischen Logik auf. Die militärische
611 Logik zielt nämlich darauf ab, die eigene Sicherheit immer nur relativ zur Sicherheit der anderen
612 Seite zu erhöhen und damit die Sicherheit der anderen Seite zu verringern, schafft also systematisch
613 Unsicherheit. Die militärische Logik führt also zwingend in ein Sicherheitsdilemma, das die
614 Aufrüstungs- und Militarisierungsspirale antreibt und die Kriegsgefahr ständig erhöht. Attac klärt
615 zudem über Möglichkeiten für eine solidarische und gewaltfreie Globalisierung auf.

616 Sicherheit muss neu gedacht werden: Die enormen Mittel, die für Krieg und Aufrüstung
617 aufgewendet werden, sollten genutzt werden für die Bekämpfung der Klimakrise, und um ein gutes
618 Leben für alle zu verwirklichen. Statt Rüstung brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit für
619 alle und vielfältige Kunst und Kultur.

620 4.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?

621 *Zivile Konfliktlösung*

622 Internationale Organisationen müssen ausgebaut werden und präventiv versuchen, Konflikte zu
623 verhindern. Neben einer fundamentalen Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen
624 müssen auch regionale Sicherheitsarchitekturen geschaffen werden, um frühzeitig auf
625 diplomatischem Weg Lösungen zu finden. Dem steht der deutsche Anspruch entgegen, eine
626 militärische Führungsmacht zu werden. Als EU- und NATO-Mitglied ist Deutschland in vielen
627 militärischen Konflikten weltweit involviert. Militärische Block-Bündnisse wie die NATO sollten
628 von Systemen hinreichender gemeinsamer Sicherheit für alle ersetzt werden. Die Militarisierung der
629 Außenpolitik muss beendet und stattdessen zivile Konfliktlösung unterstützt werden.

630 *Mit Globalisierungskritik Kriegen vorbeugen*

631 Kriege stützen die Globalisierung von Macht und Profiten. Die kapitalistische Wachstumslogik
632 wird militärisch abgesichert und durchgesetzt. Infolge der neoliberalen Neuordnung der Welt
633 nehmen Konflikte zu, denn die ökonomische und politische Destabilisierung vieler Regionen trägt
634 zu Krieg und Terrorismus bei. Durch unsere grundsätzliche Globalisierungskritik stellen wir daher
635 eine wesentliche Grundlage von Kriegen in Frage. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ist
636 eine wichtige Grundbedingung für eine friedlichere Welt. Der Einsatz für ein Ende der Ausbeutung
637 arm gemachter Länder und für soziale Rechte für alle, zum Beispiel in der Handelspolitik, beugt
638 auch militärischen Konflikten vor.

639 *Bewegungen weltweit stärken*

640 Wir sind solidarisch mit den Bewegungen überall auf der Welt, die gegen Krieg, Aufrüstung und
641 Militarisierung auf die Straße gehen und sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen. Unser Protest
642 gegen Krieg ist global – nationalistische Versuche der Vereinnahmung lehnen wir ab, und wir
643 bemühen uns um den Abbau von Vorurteilen und Ressentiments. Die Beteiligung an Kriegen und

644 militärischer Gewalt skandalisieren wir öffentlich und üben Druck aus auf die Beteiligten. Das
645 Recht auf Selbstverteidigung erkennen wir dabei an. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und
646 Fahnenflucht muss uneingeschränkt gelten. Wer deshalb verfolgt wird, hat ein Recht auf Asyl.

647 *Globale Abrüstung*

648 In den sich zuspitzenden globalen Konflikten treten wir für Demilitarisierung und Abrüstung ein.
649 Die Aufrüstungsspiralen müssen durchbrochen werden, in Deutschland und weltweit. Verträge zur
650 Rüstungskontrolle müssen ausgebaut oder wiederbelebt werden, insbesondere unterstützen wir den
651 Atomwaffenverbotsvertrag.

652 Als großer Rüstungsexporteur ist Deutschland unter anderem an den Angriffen der Türkei auf die
653 kurdischen Gebiete und den Angriffen Saudi-Arabiens im Jemen beteiligt. Stattdessen braucht es
654 eine Konversion der Rüstungsindustrie hin zu ziviler Produktion. Seit dem russischen Angriff auf
655 die Ukraine wird die Aufrüstung Deutschlands in einem vorher nicht durchsetzbaren Maß massiv
656 vorangetrieben. Dieser Militarisierung stellen wir uns entgegen.

657 **5. Soziale Sicherheit für alle**

658 Soziale Sicherheit ist ein globales soziales Recht. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und
659 zu sozialer Infrastruktur für alle und überall als Grundlagen für ein gutes Leben ist eine wesentliche
660 Forderung von Attac. Attac setzt sich für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums
661 ein und somit auch für eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme. Mit Aufgaben
662 der Daseinsvorsorge darf kein Gewinn erzielt werden.

663 **5.1. Was ist das Problem?**

664 Noch nie wurden so viele Güter und Dienstleistungen hergestellt wie heute. Es ist genug für
665 alle da. Niemand müsste hungern, frieren oder von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen
666 sein. Dass die einen viel haben und die anderen ums Überleben kämpfen, liegt allein an der
667 ungerechten Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, die immer ungerechter
668 wird.

669 Voraussetzung für ein gutes Leben für alle ist in erster Linie der Zugang zu einem
670 ausreichenden Einkommen und zu sozialer Infrastruktur. Dabei spielen neben den Einkommen
671 aus Erwerbsarbeit und Vermögen (wie aus einem eigenen Betrieb, einer Vermietung etc.) auch
672 Einkommen aus den sozialen Sicherungssystemen eine bedeutende Rolle. Diese werden teils
673 aus Steuern und teils aus Versicherungsbeiträgen finanziert. Ihre Finanzierung ist ebenso wie
674 die Höhe der Leistungen und der Zugang dazu immer gesellschaftlich umkämpft, denn wenn
675 bei der Aufteilung des gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtums der Anteil für soziale
676 Leistungen steigt, schmälert dies gleichzeitig den Anteil für Gewinne aus Vermögen.

677 Soziale Bewegungen haben im Laufe der Geschichte höhere Löhne und ein Mindestmaß an sozialer
678 Sicherheit gegen Unternehmen und Staat erkämpft. Diese Erfolge wurden aber - insbesondere auch
679 als Folge der zurückgehenden Macht von Gewerkschaften - von antisozialer Politik wieder
680 zurückgedrängt und abgebaut; so auch im Zuge der neoliberalen Globalisierung, um die
681 Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU zu verbessern. Ein Beispiel ist die Absenkung der
682 gesetzlichen Altersrente. Gleiches gilt für die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie
683 zum Beispiel der Umfang der Leistungen im Gesundheitswesen.

684 Jedoch: Die Absicherungen gerade in Ländern wie Deutschland sind im Kern an einem
685 unterstellten Normalarbeitsverhältnis orientiert und deshalb meist nur dann auskömmlich, wenn
686 eine lange, meist männliche Erwerbsbiographie mit hinreichend hohem Einkommen zugrunde

687 liegt. Menschen ohne diese Biographie und ohne sonstiges Einkommen sind von Armut
688 betroffen. Die erzeugte Armut soll und kann mit dem bestehenden Sicherungssystem nicht
689 abgeschafft werden, sie wird nur systemkonform verwaltet. Menschen ohne gültigen
690 Aufenthaltsstatus sind gänzlich vom Zugang zum Sozialsystem ausgeschlossen. Sorgearbeit,
691 wie Kinderbetreuung, -erziehung oder Kranken- und Altenpflege, wird heute immer noch in
692 erster Linie auf FLINTA*s abgeschoben und schlecht oder gar nicht bezahlt. Unser
693 Gesellschaftssystem wirkt nicht integrativ, sondern ausgrenzend. Menschen mit einer
694 Behinderung erhalten oft zu wenig Unterstützung, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen
695 zu können. Alte Menschen werden in unserer Leistungsgesellschaft beiseite geschoben – es sei
696 denn, sie verfügen über gefragtes Spezialwissen.

697 5.2. Was will Attac?

698 Die sozialen Sicherungssysteme und die soziale Infrastruktur müssen insgesamt so organisiert
699 sein, dass sie allen ein gutes Leben inklusive gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Es ist ein
700 globales soziales Menschenrecht und unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung,
701 Alter, Behinderung, Herkunft oder Staatsbürgerschaft. Attac will den solidarischen Ausgleich
702 zwischen Menschen mit viel und wenig oder keinem Einkommen, sowohl national wie auch
703 global. Dies bedeutet, dass alle Menschen, egal ob jung oder alt, krank oder gesund, hier
704 geboren oder eingewandert, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben, das gleiche Recht auf
705 soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung haben. Sorgearbeit soll als
706 gesamtgesellschaftliche Aufgabe organisiert und entsprechend anerkannt und, wenn als
707 Erwerbsarbeit geleistet, gut bezahlt werden.

708 Attac setzt sich ein für „gute Arbeit“ und will ausreichend hohe Löhne und
709 Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, für alle – egal, ob die Menschen in Deutschland
710 geboren sind, welches Geschlecht sie haben, oder ob es um Tätigkeiten geht, die wenig
711 wertgeschätzt werden.

712 5.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?

713 Attac setzt sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein, indem unter
714 anderem Vermögen, Kapitaleinkommen, Schenkungen und Erbschaften höher und progressiv
715 besteuert und Menschen, die über wenig Einkommen verfügen, entlastet werden. Durch diese
716 Maßnahmen und durch höhere Löhne würde auch mehr Geld für die sozialen
717 Sicherungssysteme zur Verfügung stehen. Attac schlägt konkret vor:

718 *Solidarische Bürgerversicherung*

719 Für eine gute Gesundheitsversorgung jenseits von Privatisierung und Gewinnstreben brauchen
720 wir eine solidarische Bürgerversicherung, aus der alle Menschen gleichermaßen Leistungen
721 nach ihren Bedarfen beziehen und die aus allen Einkommensarten finanziert wird - auch und
722 gerade durch Unternehmensgewinne und durch höhere Abgaben von Gutverdienenden, zum
723 Beispiel durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

724 Nationale Lösungen werden hier nicht ausreichen. Es braucht auch Regelungen auf
725 europäischer Ebene und langfristig auf globaler Ebene. Kapitalgedeckte Versicherungssysteme
726 lehnt Attac ab, bestehende sollen in die allgemeine Bürgerversicherung überführt werden.

727 *Soziale Grundsicherung, gesellschaftliche Teilhabe*

728 Wir setzen uns auch für eine soziale Grundsicherung ein, die allen hier lebenden Menschen
729 unabhängig von ihrer Erwerbsbiographie, ihrem Familienstand und ihrer Nationalität zusteht

730 und so hoch ist, dass sie eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet. Menschen mit
731 Behinderung sollen die notwendige Unterstützung und Ausstattung niedrigschwellig erhalten.

732 *Radikale Arbeitsumverteilung*

733 Attac setzt sich für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein. Nur eine radikale
734 Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich mindestens für untere und mittlere
735 Einkommensgruppen kann den notwendigen Abbau klimaschädlicher Produktion ohne
736 Massenarbeitslosigkeit auffangen und bildet die Voraussetzung für eine gerechte Verteilung auch
737 der Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern. Ein weiterer Grund für die Forderung nach
738 radikaler Arbeitszeitverkürzung ist das hohe Einsparungspotential an Arbeitsstunden, das für die
739 Anwendung von künstlicher Intelligenz in der Arbeitswelt prognostiziert wird. Die Möglichkeiten
740 für individuelle Formen der Arbeitszeitverkürzung über gesellschaftlich finanzierte Freistellungen
741 von der Erwerbsarbeit durch ein Bedingungsloses Grundeinkommen oder durch Modelle der über
742 die Erwerbsbiographie verteilten Ziehungszeiten sind zu erproben und zu unterstützen.

743 *Daseinsvorsorge nicht privatisieren*

744 Wir beobachten eine zunehmende private Aneignung von Systemen der sozialen Sicherung durch
745 Konzerne und Finanzorganisationen weltweit. Die Verteidigung der öffentlichen Daseinsvorsorge
746 ist als Beitrag zu verstehen, den Zugriff des internationalen Finanzkapitals auf die erkämpften
747 Errungenschaften des Sozialstaats abzuwehren.

748 *Solidarische Städte*

749 Attac befürwortet Initiativen wie „Solidarische Städte“, die auf kommunaler Ebene die
750 Lebensbedingungen für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus verbessern, indem sie zum
751 Beispiel kommunale Personalausweise oder anonyme Krankenscheine ausstellen und den
752 kostenlosen Zugang zu sozialen Einrichtungen ermöglichen.

753 **6. Flucht/Migration**

754 Die Geschichte der Menschheit ist seit Anbeginn eine Geschichte der Migration. Migration ist ein
755 Menschenrecht, für das sich Attac einsetzt.

756 **6.1. Was ist das Problem?**

757 Die Lage ist dramatisch: Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht. Gewaltsame
758 Konflikte, wachsende globale Ungleichheiten, instabile politische Systeme, fehlende Perspektiven,
759 die immer stärkeren Auswirkungen der Klimakrise – alles Faktoren, die das globale
760 Migrationsgeschehen maßgeblich verändern und Betroffene vor große Herausforderungen stellen.
761 Tausende Menschen harren in provisorischen Flüchtlingscamps wie auf Lesbos ohne Unterkunft,
762 Nahrung, Trinkwasser und medizinische Versorgung aus. Frontex, die europäische
763 Grenzschutzbehörde, ist – auch unter Beteiligung deutscher Polizist*innen – ein Hauptakteur bei
764 unzählbaren Menschenrechtsverletzungen wie illegalen Pushbacks an der Außengrenze.
765 Menschen leben täglich in Angst vor der Abschiebung, obwohl sie seit Jahren hier wohnen und
766 arbeiten.

767 Länder, in denen regelmäßig Anschläge verübt werden, in denen Menschen politisch, aufgrund
768 ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit verfolgt
769 werden und unter katastrophalen ökonomischen Bedingungen leiden, werden von deutschen
770 Politiker*innen als sichere Herkunftsländer eingestuft. Das Thema Flucht wird von rechts
771 instrumentalisiert und Grenzregime werden gegen den Widerstand aus der Zivilgesellschaft
772 installiert. Die in der Unterstützung von Geflüchteten aktive Zivilgesellschaft wird zum Teil

773 behindert und kriminalisiert, muss aber gleichzeitig mit ehrenamtlicher Arbeit staatliche Defizite
774 ausgleichen.

775 Die Debatte über Flucht und Migration ist schon lange politisch und gesellschaftlich zentral, hat
776 jedoch bisher oft an den eigentlichen Ursachen für Flucht und Migration vorbeigeführt. Es wird
777 über Grenzsicherungen, Obergrenzen, Wirtschaftsflüchtlinge diskutiert, und darüber, dass
778 sogenannte Fluchtursachen bekämpft werden müssten.

779 Doch die vielfach verwobenen Herrschaftsverhältnisse (u.a. durch Geschlecht, Klasse, Nord-Süd-
780 Verhältnis, die Ungleichverteilung natürlicher Ressourcen wie Wasser) zeigen ihre Wirkung in
781 jeglichen institutionellen Politiken wie der Handels-, Agrar-, Fischereipolitik, aber auch in
782 Wertschöpfungsketten und dem Zugriff auf natürliche Ressourcen.

783 Kapitalismus, Klimakrise und Migration sind eng miteinander verstrickt. Beispielsweise wird mit
784 Kohleenergie Profit erwirtschaftet, aber die Kohleverbrennung führt zum Anheizen der
785 Klimaerwärmung, die wiederum Dürren auslösen kann und dadurch Menschen aus ihrer Heimat
786 vertreibt. Es gibt fließende Übergänge zwischen politischem Handeln, Ausbeutungsverhältnissen
787 und Flucht und Zwangsbewegungen, beispielsweise, wenn autoritäre Staaten vom Westen durch
788 Waffenexporte aufgerüstet werden und dadurch Menschen vertrieben werden.

789 Auch gibt es nicht die eine Fluchtursache, sondern es ist oft ein Problemgeflecht aus Armut, Folgen
790 des Klimawandels, Krieg und anderem. Gleichzeitig wird im vorherrschenden Diskurs die imperiale
791 Lebensweise der reichen Industrieländer vielfach ausgeblendet, die auf der Externalisierung ihrer
792 sozialen und ökologischen Kosten beruht. Das zeigt sich deutlich in den Auswirkungen der
793 Klimakrise, die maßgeblich von den reichen Ländern vorangetrieben wird, deren Auswirkungen
794 aber vor allem den Globalen Süden treffen. Lebensgrundlagen werden zerstört und zwingen
795 zunehmend zur Klimaflucht.

796 Auch europäische Handelspolitiken manifestieren oft das Fortwirken (post-)kolonialer
797 Abhängigkeiten und verschärfen Elend und Armut weiter. FLINTA*s sind dabei wie so oft
798 besonders betroffen, werden aufgrund ihres Geschlechts verfolgt und sind auf der Flucht
799 besonderen Gefahren ausgesetzt. Den Fachkräftemangel in den Ländern des Nordens durch das
800 Abwerben von migrantischen Fachkräften auszugleichen ist ebensowenig nachhaltig, sondern lagert
801 nur die Probleme in die arm gemachten Länder des Südens aus und behindert deren eigene
802 Entwicklung.

803 6.2. Was will Attac?

804 Eben diese Fluchtgründe sind aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Statt sie auf die
805 Herkunftsländer der Geflüchteten zurückzuführen, beispielsweise auf diktatorische Regime oder
806 Korruption, müssen strukturelle globale Ungleichheitsverhältnisse in den Blick genommen und
807 verändert werden. Denn die Fluchtursachen liegen nicht primär in den Herkunftsländern, sondern
808 im Nord-Süd-Verhältnis, beginnend mit Kolonialismus und Imperialismus bis hin zu den heutigen
809 (post)kolonialen Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus. Deshalb müssen sinnvolle
810 Maßnahmen dort ansetzen.

811 6.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?

812 Es braucht einen Paradigmenwechsel: Statt Grenzregimen fordern wir globale Bewegungsfreiheit:
813 Das Recht für alle Menschen frei zu entscheiden, wo sie leben möchten. Es gibt bereits einige
814 Ansätze, die Alternativen zur nationalstaatlichen Abschottung bieten: Solidarische Städte, "Urban
815 Citizenship" in Form eines kommunalen Personalausweises in Zürich, europäische Netzwerke der
816 Solidarität in Barcelona oder "sichere Häfen" in Deutschland. Weitere Forderungen sind

817 konsequente Bekämpfung von Kriegsursachen und die Anerkennung spezifischer Fluchtgründe wie
818 die Verfolgung aufgrund der Geschlechtsidentität oder als Kriegsverweiger*in.

819 7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.

820 Die Klima- und Biodiversitätskrise ist weit fortgeschritten. Unsere Lebensgrundlage zu schützen
821 und zu erhalten ist national und global die Aufgabe mit höchster Dringlichkeit. Für
822 menschengemachten Klimawandel und Naturzerstörung tragen die reichen Länder die
823 Hauptverantwortung. Sie stehen hier in der Schuld der arm gemachten Länder des Südens. Deshalb
824 ist Klimagerechtigkeit ein zentrales Thema von Attac.

825 7.1. Was ist das Problem?

826 Die Industrialisierung geht von Beginn einher mit der Zerstörung der Natur, der Übernutzung
827 natürlicher Ressourcen, dem Artensterben und der Erderwärmung. Dies gilt für die westlichen
828 Länder ebenso wie für die ehemaligen sogenannten realsozialistischen Länder. Die kapitalistische
829 Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hat diese Prozesse noch massiv beschleunigt und
830 weltweit ausgedehnt. Bereits heute müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr
831 bewohnbar ist. Ohne eine radikale Kehrtwende wird die Erde für uns Menschen unbewohnbar.

832 Das auf permanentes Wachstum angewiesene kapitalistische Wirtschaftssystem ignoriert die
833 Begrenztheit der Ressourcen der Erde und ist auch aus diesem Grund nicht zukunftsfähig.
834 Marktprozesse sind blind gegenüber ihren sozialen und ökologischen Folgen. Eine „Einpreisung“
835 von Naturzerstörung und Klimakosten beispielsweise über den Emissionshandel kann dies nicht
836 grundlegend verändern. Klimaschutz darf nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen bleiben und
837 kann nicht darin integriert werden. Der Schutz der natürlicher Ressourcen braucht verbindliche
838 Regeln, die in demokratischen Prozessen ausgehandelt werden müssen mit dem Ziel, die private
839 Verfügungsgewalt darüber abzuschaffen. Der Schutz der Böden vor Übernutzung und Zerstörung
840 muss Priorität bekommen.

841 7.2. Was will Attac?

842 Attac setzt sich ein für eine Politik der sozial-ökologischen Transformation (SÖT). Dabei ist
843 Klimagerechtigkeit ein wichtiger Baustein. Denn Menschen mit geringem Einkommen vor allem in
844 den arm gemachten Ländern des Südens tragen am wenigsten zur Naturzerstörung und der
845 drohenden Klimakatastrophe bei. Dennoch leiden sie am meisten unter den Folgen.
846 Unsere imperiale Lebensweise muss sich ändern. Unser Wirtschaftssystem und Konsummodell darf
847 nicht weiter auf Wachstum angewiesen sein, sondern ist in Richtung Kreislaufwirtschaft umzu-
848 bauen. Konzepte industrialisierter Landwirtschaft müssen nicht nur im Hinblick auf ihre Umwelt-
849 verträglichkeit hinterfragt werden.

850 Statt Profitmaximierung müssen Bedarfsorientierung und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum
851 der Wirtschaft stehen.

852 7.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?

853 *Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik*

854 Märkte müssen nach ökologischen Gesichtspunkten reguliert werden. Die Vergabe von öffentlichen
855 Aufträgen muss sich ebenso an ökologischen Vorgaben orientieren wie das Handeln des Staates
856 insgesamt.

857 *Anders wirtschaften und konsumieren*

858 Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssen vor allem Bezieher*innen hoher Einkommen und
859 Eigentümer*innen großer Vermögen ihren Konsum reduzieren, um allen ein gutes Leben zu
860 ermöglichen.

861 Eine Änderung des Konsumverhaltens wird nicht über Appelle funktionieren. Dazu muss die
862 Produktion der für ein gutes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen nach grundsätzlich
863 anderen Kriterien organisiert werden. Es muss demokratisch entschieden werden, was wofür
864 produziert werden soll und was vermieden werden sollte. Güter dürfen nicht auf Verschleiß
865 konstruiert werden, sondern müssen möglichst lange haltbar und vor allem reparierbar sein. In der
866 Nahrungsmittelproduktion ist eine bedürfnisorientierte, ökologische Landwirtschaft ohne weitere
867 Vergiftung der Böden mit Pestiziden zu stärken.

868 *Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.*

869 Der Energieverbrauch muss grundsätzlich gesenkt und die Energiegewinnung zu 100 Prozent aus
870 erneuerbaren Energieträgern erfolgen. Zudem darf die Energiewende der Industrieländer des
871 Nordens nicht auf Kosten der Menschen des Globalen Südens gehen. Diese Externalisierung mit all
872 ihren negativen Folgen muss gestoppt werden.

873 Eine „grüne Wirtschaft“, die zentral auf technische Lösungen setzt anstatt Konkurrenz, Profit und
874 Wachstumszwang grundsätzlich in Frage zu stellen, wird nicht nachhaltig sein. Energie darf keine
875 Ware sein. Der Grundbedarf an Energie muss für alle bezahlbar zur Verfügung gestellt werden. Die
876 Energieversorgung muss in gesellschaftlicher Hand dezentral und demokratisch organisiert werden.

877 *Böden schützen – Landschaften erhalten*

878 Statt Regenwälder für die Rohstoffgewinnung und die industrielle Landwirtschaft zu roden, sollen
879 sie unter Schutz gestellt werden. Reiche Staaten sollten Ausgleichszahlungen leisten.
880 In Industriestaaten, wo es immer weniger intakte Böden und unzerstörte Landschaften gibt, sollten
881 keine weiteren Flächen bebaut oder für industrielle Landwirtschaft genutzt werden. Bevor für
882 Wohnen, Gewerbe und Industrie neue Flächen erschlossen werden, muss geprüft werden, ob dieser
883 Bedarf nicht anders zu decken ist, etwa durch die effektivere Nutzung vorhandener Flächen.
884 Industrielle Landwirtschaft soll so zurückgebaut werden, dass die nötige Agrarwende hin zur
885 ökologischen, die Böden schonende Landwirtschaft umgesetzt werden kann. Vergesellschaftung,
886 etwa von Grund und Boden, kann ein Mittel sein, ökologischen und sozialen Aspekten den Vorrang
887 vor der Profitmaximierung einzuräumen.
888 Klimafreundliche Mobilität für alle

889 Eine klimafreundliche Mobilität bedeutet nicht in jedem Fall Verzicht, sondern wird in der Folge
890 an vielen Stellen unsere Lebensqualität sogar steigern.

891 Einschränkungen sind aber unumgänglich, denn unsere Mobilität ist einer der größten Treiber der
892 Klimaerwärmung. Der Flugverkehr muss zum Beispiel deutlich reduziert werden, indem
893 hierzulande etwa Flüge, zu denen es eine akzeptable Alternative mit der Bahn gibt, verboten
894 werden.

895 Der Zugang zu Mobilität ist zudem ungerecht verteilt. Wir brauchen eine sozial gerechte und
896 naturschonende Mobilität, die auf barrierefreie öffentliche Verkehrsmittel, auf Fuß- und Rad-
897 Verkehre setzt statt auf Autos und für alle bezahlbar ist. Die Verkehrswende muss mehr sein als
898 eine Antriebswende von Verbrenner zum E-Auto, denn auch E-Autos haben einen enormen
899 Ressourcenverbrauch und verstopfen die Städte.

900 8. Demokratie

901 Der Begriff Demokratie beinhaltet Ideale wie Partizipation und Souveränität realisiert in
902 Strukturen, in denen Menschenwürde und Grundrechte gelten. Auf staatlicher Ebene wird er mit
903 Begriffen wie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung umschrieben. Er ist damit aber in seiner
904 Komplexität nur ansatzweise erfasst. Wie die utopischen Versprechen einer „Volksherrschaft“, in
905 der es Mitbestimmung, Gleichheit und Transparenz gibt, in Gesellschaftsstrukturen direkt und
906 umfassend realisiert werden können, bleibt Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Dieser
907 Auseinandersetzung muss sich jede demokratische Gesellschaft laufend stellen. Um dies zu können,
908 bedarf es einer umfassenden politischen Bildung. Politische Bildung ist deshalb ein zentrales
909 Anliegen von Attac.

910 8.1. Was ist das Problem?

911 Echte Demokratie ist mehr als Herrschaftslegitimation: Sie ist Gesellschafts- und Lebensform. Wo
912 die „Herrschaft des Volkes“ auf regelmäßige Wahlen von Volksvertretern beschränkt bleibt, ist sie
913 nur ansatzweise realisiert.

914 Wenn zudem Handlungszwänge wie Vorgaben eines „ausgewogenen Wirtschaftswachstums“ in
915 einer „wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ (Artikel 2 Absatz 3 EU-Vertrag) existieren,
916 kollidiert dies mit demokratischen Idealen.

917 Wenn Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch Medienunternehmen zu zählen sind, oder reiche
918 Menschen und Oligarchen durch ihr Eigentum an Produktionsmitteln beziehungsweise ihr
919 ökonomisches Kapital einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf politische Entscheidungen
920 haben, insbesondere gegenüber Entscheidungsträgern in Parteien, Parlamenten und Regierungen,
921 kann solcher Lobbyismus nicht im Sinne von Demokratie sein. Je asymmetrischer diese
922 unterschiedliche Organisations- und Durchsetzungsfähigkeit von Interessen im
923 Willensbildungsprozess ist, desto größer ist die Gefahr, dass Prinzipien von Demokratie und
924 Rechtsstaat verletzt werden.

925 Systeme müssen als halbierte oder defizitäre Demokratien bezeichnet werden, wenn wesentliche
926 Bereiche, wie der Unternehmensbereich, nicht durchgehend demokratisch verfasst sind. Dies gilt
927 auch, wenn Freihandelsverträge über ihre Liberalisierungs- und Regulierungsverpflichtungen im
928 Interesse großer Konzerne in Staaten hineinregieren. Noch schlimmer ist es, wenn die EU-
929 Handelsverträge der neuen Generation (CETA & Co) es erlauben, Entscheidungsebenen
930 einzuführen, die den Parlamenten übergeordnet sind.

931 Wachsender Autoritarismus und Rechtspopulismus, wachsende Überwachung, repressive
932 Polizeigesetze und rechtsextreme Netzwerke sind Alarmzeichen nicht nur für einen Mangel an
933 demokratischen Strukturen. Vielmehr sollen vorhandene Strukturen gezielt geschwächt werden.

934 Entsprechendes gilt für Meinungsmanipulation in den „Sozialen“ und teils auch in traditionellen
935 Medien, wenn dort durch die Ausbreitung "alternativer Fakten" (gezielter Falschinformationen),
936 potenziert durch mittels KI erzeugter Fake-Bilder und Fake-Videos, die Möglichkeiten der
937 Bürger*innen, sich über die Realität zu einigen, untergraben wird.

938 In die Bresche springen Politiker*innen der extremen Rechten, die sich als die „wahre Stimme des
939 Volkes“ inszenieren, aber zugleich demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen
940 verächtlich machen und missbrauchen. Klar ist, dass eine Demokratie wehrhaft gegenüber
941 Rechtsextremismus sein und verteidigt werden muss.

942 Eine vollständige Beschreibung des Problemfeldes Demokratie muss auch anerkennen, dass es in
943 vielen Ländern keine allgemeinen, freien und gleichen Wahlen gibt und politische Opposition nicht

944 zugelassen oder stark behindert wird. Die überwiegend autoritären Strukturen in diesen Ländern
945 sind häufig nicht zuletzt eine Folge von Kolonialismus, Imperialismus und neokolonialer
946 Ausbeutung durch die Länder, die sich ihrer eigenen Demokratien rühmen.

947 Im globalen Maßstab kann von einem gleichen Zugang zu demokratischen Beteiligungs-
948 möglichkeiten nur ansatzweise gesprochen werden. Denken wir nur an die Frage, wer bei
949 politischen Sachfragen tatsächlich mitentscheiden darf, welche Rolle dabei der Pass, die Verfügung
950 über Eigentum und die Bildung oder das Geschlecht spielen.

951 8.2. Was will Attac?

952 Eine umfassende Transparenz auf allen Ebenen von Entscheidungsprozessen, die uns alle betreffen,
953 ist elementar. Dazu bedarf es mehr direkter Demokratie und demokratischer Gestaltungs-
954 möglichkeiten auf allen Ebenen. Dazu müssen Hemmschwellen für die Beteiligung systematisch
955 abgebaut werden. Eigentumsfrage und Demokratisierung hängen zusammen, deshalb ist eine
956 Ausdehnung demokratischer Prinzipien auch auf Wirtschaftsprozesse unabdingbar. Darum müssen
957 insbesondere demokratische Wege zur Vergesellschaftung geschaffen werden. Demokratie darf
958 nicht nur Herrschaftsform, sie muss auch Gesellschafts- und Lebensform sein, wenn sie Bestand
959 haben soll.

960 Auch wenn unsere aktuelle Demokratie klare Defizite hat, sollten wir sie nicht geringschätzen.
961 Unsere Solidarität mit allen Demokratiebewegungen weltweit ist ungebrochen. Unser Ziel ist es, die
962 Demokratie zu verteidigen und auszuweiten!

963 Demokratie ist ein Ideal. Ihre Umsetzung ist ein offener Prozess. Dieser Prozess erfordert
964 permanente Anstrengung. Diese Anstrengung lohnt sich aber allemal, nicht nur, um den Abbau von
965 Demokratie zu verhindern und sie vor der extremen Rechten zu schützen. Diese Anstrengungen
966 sind zudem Voraussetzung dafür, Grundrechte und die universellen Menschenrechte als integralen
967 Bestandteil von Demokratie zu verteidigen und Länder, in denen sie bisher fehlen, auf dem Weg,
968 sie zu erreichen, zu unterstützen. Dies tun wir immer auch im Bewusstsein, dass es in anderen
969 Ländern und Kulturen durchaus andere Vorstellungen davon gibt, wie Demokratie zu gestalten ist.

970 8.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?

971 Attac will die Sinne für die Notwendigkeit und Möglichkeit von Demokratisierung in allen
972 Lebensbereichen schärfen. Ein wichtiges Instrument sind Bürger*innen-Entscheide und andere
973 Elemente direkter Demokratie. Sie weiten die Demokratie aus, da sie politische Prozesse für alle
974 sichtbar machen und gemeinsame politische Entscheidungen in Praxis überführen können. Neben
975 der Unterstützung aller Ansätze einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie unterstützen wir auch

976 Demokratisierungsbestrebungen im politischen System und anderen gesellschaftlichen Bereichen
977 auch über direkte Demokratie hinaus. Dabei achten wir besonders auf die Einbeziehung besonders
978 benachteiligter Gruppen in alle Entscheidungsprozesse, insbesondere, wenn sie davon betroffen
979 sind

980 Demokratie braucht eine lebendige Zivilgesellschaft. In vielen Staaten werden deren
981 Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt. Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von
982 emanzipatorischen Organisationen in Deutschland ist eine dieser Einschränkungen und führt zu
983 einer Schwächung der Zivilgesellschaft. Sie muss zurückgenommen und es muss klargestellt
984 werden, dass die Beteiligung an der politischen Willensbildung unschädlich ist für die
985 Gemeinnützigkeit.

986 Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, geopolitische Konkurrenz oder die
987 Klimakrise haben gezeigt, dass die neoliberale Verfasstheit der EU an ihre Grenzen gestoßen ist:
988 Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung stellen Paradigmenwechsel dar, die für soziale

989 Bewegungen Hebel sein können, um strukturelle Änderungen voranzutreiben und glaubwürdig die
990 Demokratisierung der EU und ihre Abkehr von neoliberalen Prinzipien zu fordern.

991 Soziale Bewegungen wie die „Deutsche Wohnen & Co Enteignen“- Kampagne zeigen mit
992 Elementen von direkter Demokratie, wie erfolgreich die Idee der Vergesellschaftung in die breite
993 Gesellschaft getragen werden kann, wenn Menschen sich organisieren. Der Schwerpunkt von
994 Kampagnen müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen sein, denn Privatisierungen im
995 Bereich Wohnen, Gesundheitswesen, Energieversorgung etc. schaden den Interessen der breiten
996 Bevölkerung! Die Debatte um Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sollte genutzt werden,
997 um Modelle für demokratische öffentliche Unternehmen voranzutreiben. Demokratisierung muss
998 mit der Eigentumsfrage zusammen gedacht werden. Wir brauchen neue Konzepte der
999 Vergesellschaftung!

1000 9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus

1001 Die verschiedenen geschlechtlichen Identitäten der Menschen, werden durch die traditionelle binäre
1002 Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht erfasst. Unser Blickpunkt richtet sich auf alle
1003 Menschen, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft wegen ihres Geschlechts
1004 Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren – also auf alle FLINTA*s. Eine andere Welt
1005 verlangt auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei Attac ein
1006 wichtiges Thema.

1007 9.1. Was ist das Problem?

1008 Ein grundlegendes Element unserer kapitalistischen Gesellschaft sind patriarchale,
1009 geschlechtshierarchische Strukturen, also die Vormachtstellung von Männern. Diese hat unter
1010 anderem zur Folge, dass weiblich gelesenen Menschen die Zuständigkeit für die Sorgearbeit, für die
1011 unbezahlte Arbeit im Haushalt und für die meist schlecht entlohnte, wenig angesehene
1012 professionelle Care-Arbeit als angeblich naturbestimmt zugeschrieben wird. Diese
1013 gesellschaftlichen Strukturen haben auch Folgen für Entlohnung und Arbeitsbedingungen in
1014 anderen Berufen. Frauen verdienen oft deutlich weniger als Männer und arbeiten häufiger in
1015 untergeordneten Positionen.

1016 Da FLINTA*s bereits wegen ihres Geschlechts gesellschaftliche Nachteile bis hin zu sexueller
1017 Belästigung und Gewalt erfahren, sind sie oft einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt, etwa
1018 aufgrund von Rassismus, ihrer sozialen Stellung, wegen einer Behinderung oder des Alters.

1019 Weltweit sind FLINTA*s von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung
1020 besonders betroffen, etwa durch die Klimakrise, in Kriegen, durch Ausbeutung in internationalen
1021 Lieferketten und anderes. Ihre Erfahrungen und Handlungsperspektiven werden im politischen
1022 Prozess jedoch oft nicht gehört. Patriarchale und heteronormative Strukturen sind tief in unserer
1023 Gesellschaft verankert. Auch homosexuelle Männer werden wegen ihrer sexuellen Orientierung
1024 diskriminiert, in manchen Staaten verfolgt und teilweise mit dem Tode bedroht.

1025 Die weltweiten feministischen Kämpfe gegen patriarchale Strukturen sind unverzichtbarer Teil
1026 unserer Bewegung. Die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s wird immer
1027 wieder infrage gestellt, etwa durch körperliche Gewalt bis hin zu Femiziden als extremster Form
1028 patriarchaler Machtdemonstration. Ebenso ist sexuelle Belästigung eine Form von Gewalt, bei der
1029 es auch um die Demonstration von Macht geht.

1030 Die Verweigerung des Rechts auf die selbstbestimmte Entscheidung für ein Kind oder einen
1031 Schwangerschaftsabbruch ist eine weitere Machtdemonstration: Männer beanspruchen, über die

1032 Körper von Frauen zu bestimmen. Dabei wird – insbesondere in rechten Kreisen – oft das Ziel
1033 verfolgt, eine reaktionäre Bevölkerungspolitik durchzusetzen.

1034 9.2. Was will Attac?

1035 Alle Menschen sollten körperlich und sexuell gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können.
1036 Wir streiten für eine Welt, in der „Geschlecht“ keine relevante Kategorie für Lebenschancen,
1037 soziale und finanzielle Sicherheit, gesellschaftliche Rollen und Normen ist. Für ein Miteinander, in
1038 dem alle Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen Entscheidungs-
1039 prozessen teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit sowie reproduktive Arbeit tragen
1040 – weltweit!

1041 Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht auf Profitsteigerung und Wachstum beruht, und in der
1042 keine Person mehr diskriminiert oder unterdrückt wird, weder aufgrund der geschlechtlichen
1043 Identität noch aufgrund der sexuellen Orientierung.

1044 9.3. Wofür setzen wir uns deshalb ein?

1045 Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische
1046 Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende
1047 sozial-ökologische Transformation.

1048 Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen
1049 von FLINTA*s orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle
1050 Verbesserungen und mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die
1051 Arbeitsbelastung, insbesondere im Care-Bereich, muss sinken, zum Beispiel durch geringere
1052 Gruppengrößen und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter
1053 Belastung.

1054 Es gibt verschiedene internationale Konventionen und Gesetzesvorschläge auf nationaler Ebene, um
1055 sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s durchzusetzen. Attac engagiert sich zum Beispiel für
1056 die Umsetzung der „Istanbul-Konvention“, einem Abkommen des Europarats zur Verhütung und
1057 Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, auch von häuslicher Gewalt. Zentral für uns ist auch die
1058 Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sowie ein Selbstbestimmungsgesetz, das die
1059 Forderungen von intersexuellen, nicht-binären, trans und agender Personen nach dem Ende von
1060 Diskriminierung und Bevormundung einlöst.

1061 Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit muss gleichberechtigt auf alle Geschlechter aufgeteilt
1062 werden. Diese Forderung bedingt eine radikale Arbeitszeitverkürzung – jede Person sollte Zeit für
1063 Care-Arbeit haben - und eine erhebliche Aufstockung der Beschäftigten im Sozial- und
1064 Gesundheitsbereich.

1065 Patriarchale Strukturen beinhalten einen systematischen Charakter von geschlechtsbasierter
1066 Diskriminierung. Dies betrifft zum Beispiel auch Männer, die (etwa als Erzieher in einem
1067 Kindergarten) als weiblich definierte Rollen einnehmen und es betrifft Männer, die sich nicht
1068 trauen, über eigene Schwäche(n) zu reden und um Hilfe zu bitten. Es liegt also auch im Interesse
1069 von Männern, patriarchale Strukturen zu überwinden. Allerdings sind die Vorteile und Privilegien
1070 für viele Männer weiterhin so attraktiv, dass sie bereitwillig und aktiv für die Aufrechterhaltung des
1071 Patriarchats agieren. Dies machen sich gerade Rechtsradikale zunutze. Es gibt jedoch auch immer
1072 mehr Männer, die solidarisch mit FLINTA*s für Gleichberechtigung kämpfen.

1073 In Attac achten wir zum Beispiel durch Quotierung und Awareness-Strukturen darauf, dass
1074 Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden. Das FLINTA*Plenum bietet die

1075 Möglichkeit zur eigenständigen Organisation. Wir denken Feminismus global und lernen unter
1076 anderem von den feministischen Streiks in Lateinamerika und in vielen Ländern Europas, mit denen
1077 durch eine befristete Niederlegung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit gegen Femizide,
1078 Gewalt und für eine Überwindung des kapitalistisch-patriarchalen Systems gekämpft wird.

1079 Epilog

1080 *Eine andere Welt ist nötig und möglich*

1081 Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer
1082 Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die
1083 gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen
1084 Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun
1085 Vorrang vor kriegerischen Auseinandersetzungen.

1086 Dies ist nicht in einem großen Wurf geschehen, sondern indem widerständige Akteure zum Beispiel
1087 mit Streiks und Blockaden, intensiver Bündnisarbeit und breiter Unterstützung der
1088 Zivilgesellschaft beharrlich viele kleine und große Veränderungen an unterschiedlichen Orten
1089 durchgesetzt haben. Diese vielen Veränderungen haben insgesamt zu einer Transformation der
1090 Globalisierung geführt. Es wurden Spielräume eröffnet, die es ermöglichen, staatliche und
1091 internationale Institutionen und Gesellschaften zu demokratisieren, die sozialen Rechte der
1092 Menschen deutlich zu stärken und Profitstreben und Wachstumszwang zurückzudrängen. Die
1093 Anhäufung unverschämter hoher Vermögen wird weltweit geächtet. Dieser Transformationsprozess
1094 hat es auch ermöglicht, die Finanzmärkte restriktiv zu regulieren. Die sozial-ökologische
1095 Transformation ist weit fortgeschritten und die globalen Verhältnisse haben sich so stark verändert,
1096 dass der Kolonialismus als überwunden gilt. Alle Menschen haben weltweit ein freies Bewegungs-
1097 und Aufenthaltsrecht. Das Patriarchat ist Schnee von gestern, das sexuelle Selbstbestimmungsrecht
1098 für alle Geschlechter verwirklicht.

1099 Umfassende Steuer- und Sozialreformen zur Umverteilung von oben nach unten, zur sozialen
1100 Absicherung und gegen eine zerstörerische Klimapolitik sind durchgesetzt. Parallel wurde ein
1101 Demokratisierungsschub ausgelöst, der sich nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die
1102 Wirtschaft erstreckt. Die Vergesellschaftung von Unternehmen, die uns mit lebenswichtigen Gütern
1103 und Dienstleistungen versorgen und die gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit,
1104 Bildung, Wohnen und Mobilität erfüllen, ist weitgehend abgeschlossen. Gewählte, regionale
1105 Wirtschaftsräte und die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen haben jetzt erweiterte
1106 Mitbestimmungsrechte. Gemeinsam mit den Nutzer*innen bestimmen sie darüber, welche Güter
1107 hergestellt, welche Dienstleistungen angeboten werden. Dadurch ist deren Auswahl nicht mehr in
1108 erster Linie am Profit, sondern am menschlichen Bedarf und Gemeinwohl orientiert und Wachstum
1109 ist nicht mehr oberstes Ziel des Wirtschaftens. Dies führt auch zur verringerten Herstellung
1110 schädlicher und unnützer Produkte.

1111 Die globalen Handelsbeziehungen, die lange von postkolonialen Machtverhältnissen geprägt waren,
1112 wurden grundlegend verändert. Sie sind heute gerecht gestaltet, Schulden wurden erlassen. Dies
1113 ermöglicht eine selbstbestimmte Entwicklung der arm gemachten Länder des Südens.

1114 Die Rechte der Natur sind in Verfassungen geschützt und anerkannt. Indigene Gemeinschaften sind
1115 vielerorts Vorbild für all jene Gesellschaften, die bisher Natur nur als ausnutzbare Ressource sahen.

1116 Güter werden inzwischen überwiegend in energieeffizienten und ressourcenschonenden, regionalen
1117 Wirtschaftskreisläufen und unter Anwendung von Recyclingverfahren produziert. Die

1118 Regionalisierung verringert den Transportbedarf, verkürzt die Wege zu Arbeit, Bildung und Freizeit
1119 und erleichterte die Schaffung einer nachhaltigen Mobilität.

1120 Die vielen emanzipatorischen Projekte, ihre Praktiken, Organisationsformen und Forderungen
1121 finden heute ihren Ausdruck in vielfältigen, solidarischen Lebenszusammenhängen und prägen
1122 verstärkt auch das Zusammenleben in der gesellschaftlichen Mitte. Dem Nährboden rechtsradikaler
1123 und faschistischer Strömungen konnte dadurch weitgehend der Boden entzogen werden. Die
1124 Hierarchisierung von Menschen nach Klasse, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft und Pass hat an
1125 Bedeutung verloren und verschwindet zusehends.

1126 Gesellschaftliche Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität wurden dem
1127 Markt und Profitstreben entzogen und gemeinwohlorientiert organisiert. Dadurch wird Arbeit völlig
1128 anders bewertet: Ihr gesellschaftlicher Wert steht jetzt im Vordergrund. Care-Arbeit hat so die
1129 Aufwertung erhalten, die sie in humanen Gesellschaften braucht.

1130 Die weltweiten, aber regional durchaus unterschiedlichen Transformationsprozesse haben die
1131 neoliberale Form der Globalisierung mit ihren katastrophalen sozialen und klimatischen
1132 Auswirkungen zurückgedrängt. Profiterzielung spielt immer weniger eine Rolle, ist aber längst
1133 nicht ganz überwunden. Viele der eingetretenen Klimafolgen sind irreversibel, eine weitere
1134 Verschärfung der Situation konnte aber verhindert werden. Armut ist überwunden, und weitere
1135 Naturzerstörung gestoppt.

1136 Nach wie vor gibt es in den einzelnen Gesellschaften, aber auch zwischen diesen unterschiedliche
1137 Interessen und Bedürfnisse. Allerdings werden die Interessen inzwischen in herrschaftsfreien
1138 demokratischen Prozessen ausgehandelt und nicht mehr machtpolitisch oder militärisch
1139 durchgesetzt.

1140 Wir sehen: Der gemeinsame Kampf lohnt sich, denn eine andere Welt ist nötig und möglich!

1141